

Arbeiter-Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Blutige Weihnachten

Gummiknüttel und blaue Bohnen gegen Hungernde — Zörgiebel läßt auf Erwerbslose schießen

(Eigener Bericht der „SAZ“)
Dortmund, 23. Dezember.

CNB. Die Hungerdemonstrationen im Ruhrgebiet dauern fort. Trotz scharfer polizeilicher Maßnahmen gehen die Arbeiter auf die Straße, um für die Durchsetzung ihrer elementarsten Lebensrechte zu kämpfen. Die Bewegung gegen die kommunalen Aushungerungsmethoden nimmt immer schärfere Formen an. In Dortmund kam es am Dienstag abend in der Innenstadt zu Demonstrationen und zu Zusammenstößen mit der Polizei. Aber immer wieder bildeten sich neue Gruppen, die unter Hungerrufen und Gesang revolutionärer Lieder durch die Straßen zogen. Obwohl die Polizei immer wieder vorrückte, dauerte die Demonstration stundenlang an.

Im Vorort Husen-Kuhl kam es zu einer größeren Demonstration der Erwerbslosen, an der auch Frauen und Kinder teilnahmen.

Die Polizei schlug mit Gummiknütteln auf die Menge ein, trotzdem ging der Zug nicht auseinander, sondern schloß sich einfach beiseite.

Diese glaubte nunmehr von der Schutzwehr Gebrauch machen zu können und schloß mehrmals scharf in die Menge hinein.

Während Polizeipräsident Zörgiebel die Nazis unter dem Schutz seiner Polizei spezialisiert führt, glaubt er, daß zur Liquidierung von Hunger und Erwerbslosigkeit Polizeikugeln am geeignetsten sind. Bei solchen „Verdiensten“ bleibt man denn auch als Sozialdemokrat in Amt und Würden!

Im Stadtteil Dorstfeld zogen am Dienstag etwa hundert Frauen im geschlossenen Zug zum Wohlfahrtsamt und forderten eine einmalige Beihilfe und die Stundung der Abzüge für die Winterkartoffeln in der Weihnachtswochen. Da sie sich nicht abweisen ließen, wurde ihnen zugesichert, daß am Mittwoch in ihrer Angelegenheit verhandelt würde. Am Mittwoch demonstrierten die Frauen wieder, die Polizei trieb sie aber mit dem Gummiknüttel auseinander.

Als am Donnerstag eine Abordnung erwerbsloser Frauen mit dem sozialdemokratischen Wohlfahrtsdezernenten verhandeln wollte, ließ er sie durch die Polizei gewaltsam aus dem Wohlfahrtsamt entfernen; ein einfacher Wachtmeister zeigte dabei mehr Verständnis als sein sozialdemokratischer Vorgesetzter, indem er einer Frau, die schon regelrecht nichts zu essen gehabt hatte, fünf Groschen gab.

Auch in Bochum kam es am Mittwoch wieder an verschiedenen Stellen der Stadt zu Demonstrationen. Besonders großen Umfang nahmen sie im Stadtteil Weitmar und Riemke an.

Dienstag morgen versammelten sich in Witten etwa sechshundert Erwerbslose vor dem Rathaus und forderten unter Hungerrufen die Auszahlung der Winterhilfe. Als Polizei einschritt, zogen sie im geschlossenen Zuge durch die Stadt. Am Nachmittag fanden noch mehr Demonstrationen statt. Die Polizei verhaftete zwanzig Arbeiter.

Nachdem in Duisburg bereits am vergangenen Freitag und Samstag an verschiedenen Stellen Hungerdemonstrationen stattgefunden hatten, kam es am Mittwoch morgen zu einem empörenden Zwischenfall vor dem Hamburger Rathaus. Etwa 200 Erwerbslose hatten sich hier angesammelt und baten um Auskunft, wie man den Antrag auf Winterbeihilfe stellen sollte. Nachdem sich bereits eine Anzahl Leute in den Gängen des Rathauses angesammelt hatten,

spernte plötzlich die Polizei alle Zugänge ab. Dann ging sie mit Karabinern bewaffnet gegen die draußen Stehenden vor.

Hierauf entstand unter den Erwerbslosen und den übrigen Passanten eine ungeheure Empörung. Proteste und Hungerrufe wurden laut. In den Nachmittagsstunden

kam es zu erneuten Demonstrationen. Die Polizei ging immer wieder gegen die Demonstranten vor.

Auch aus anderen Städten des Industriegebiets häufen sich die Meldungen über Kundgebungen gegen Hunger und Massenelend. Besonders in den kleinen Landgemeinden nehmen oft größere Massen der Bevölkerung daran teil.

In bürgerlicher Darstellung

Wuppertal, 23. Dezember.
WT. Die kommunistische Ausschreitungen, die sich die Nacht und in den frühen Morgenstunden fortsetzten, hatten zu Zusammenstößen mit der Polizei an verschiedenen Stellen der Stadt geführt. In Uppertal-Elberfeld gingen Teilnehmer des Demonstrationzuges gegen zwei Polizeikommandos vor und entrissen ihnen die Gummiknüttel und Tschakos. Die beiden Beamten wurden schwer verletzt. Ein größerer Demonstrationzug wurde an anderer Stelle der Stadt aufgelöst. In einigen Straßen wurden die Laternen durch Steinwürfe zertrümmert, in anderen das Straßenpflaster nach Einbruch der Dunkelheit aufgerissen. Bei vorangegangenen Unruhen am Markt wurden drei Personal durch Schüsse verletzt. Im Unruhestifter benutzt mehrfach auch die Gelegenheit, Läden, deren Scheiben sie einwarfen, auszuplündern. Nach dem amtlichen Bericht der Polizei sind die Ausschreitungen auf Anweisung der KPD erfolgt.

Auch in Berlin und in Schlesien

Berlin, 23. Dezember
CNB. Etwa 20 junge Burschen drangen heute in ein Lebensmittelgeschäft im Südosten der Stadt ein und raubten Lebensmittel im Gesamtwerte von etwa 1500 Mk. Ein Polizeibeamter, der den Vorfalle beobachtet hatte, versuchte einen der Täter auf der Flucht festzunehmen, als sich das Publikum gegen ihn wandte, ihn umringte und bedrohte, so daß er zwei

Schreckschüsse abgeben mußte. Ein Ueberfallkommando, das inzwischen herbeigerufen war, konnte den von dem Beamten festgenommenen Räuber, der in der allgemeinen Verwirrung entwischen wollte, gerade noch festnehmen.

Gegen 12 Uhr mittags demonstrierten in der Kaiser-Friedrich-Ecke Anzengruberstraße in Neukölln etwa 120 KPD-Angehörige. Die Ansammlung wurde ohne Zwischenfall von einer Doppelstreife aufgelöst.

Hindenburg OS. 23. Dezember

Am Freitag sammelten sich im Innern der Stadt etwa hundert Erwerbslose an die geschlossen zum Bahnhofsvorplatz zogen und dort die Schaufensterscheiben eines Kaffeehauses zertrümmerten. Die Polizei löste die zusammengedrängten Massen die zwischen auf 800 bis 1000 Teilnehmer angewachsen waren, auf. Während der Auflösung schlugen die Demonstranten noch acht weitere Schaufensterscheiben ein. Drei Personen wurden wegen Landfriedensbruchs festgenommen und in das Polizeigefängnis gebracht.

Stille Nacht, heilige Nacht ...

Berlin, 23. Dezember.
CNB. Wie alljährlich hat die Berliner Schutzpolizei auch in diesem Jahre alle Maßnahmen getroffen, um jegliche Demonstrationen und Störungsversuche am Heiligen Abend zu unterdrücken. Für alle uniformierten Beamten ist der Dienst verstärkt worden. Durch den erhöhten Streifendienst scheint ein ruhiger Verlauf des Heiligen Abends gesichert.

Neues Zuchthausurteil

Leipzig, 22. Dezember.
WTB. Das Reichsgericht verurteilte drei Kommunisten, die am Pfingstsonntag dieses Jahres aus einem am Rheinabhang bei Koblenz gelegenen Tonbaustollen 132 Sprengpatronen, 78 Sprengkapseln und 50 m Zündschnur entwendet hatten, zu Zuchthausstrafen von 1/4 bis zu drei Jahren

Kampfgruß den amnestierten Genossen

Viele unserer besten Genossen sind in diesem Jahre des Bürgerkriegs, in dem die Staatsgewalt überall offen oder versteckt gegen das Proletariat Stellung nahm, ins Zuchthaus und Gefängnis gekommen. Wo Proletarier sich gegen faschistischen Terror gewehrt haben, hat die Klassenjustiz ihre Opfer aus der Arbeiterschaft gefordert. Und da die Sozialistische Arbeiter-Partei in den Kämpfen, die vom Faschismus aufgezwungen und angezettelt waren, in vorderster Reihe gestanden hat, hat sie ihre Opfer, in großer Zahl, bringen müssen.

Das Amnestiegesetz hat diejenigen Genossen die in den Zuchthäusern und Gefängnissen geschmachet haben, größtenteils befreit. Sie befinden sich am heutigen Tage bereits wieder bei ihren Familienangehörigen, bei ihren Freunden, bei ihrer Partei, bei der kämpfenden Arbeiterklasse.

Wir grüßen sie. Wir danken ihnen für die Opfer die sie gebracht haben, wir danken ihnen für die Leiden, die sie auf sich genommen haben um dem Proletariat zu dienen. Wir werden das, was sie für uns geleistet haben nicht vergessen.

Wir wissen, daß die Erlebnisse in der Zeit des Kerkers sie nicht weicher, sondern härter gemacht haben. Wir wissen, daß sie uns als Vorbild an Opferwilligkeit weiter voran kämpfen werden. Und mit dem Dank verbindet sich das Gelöbnis an die Partei und an das ganze Proletariat, unermüdet weiter zu kämpfen, selbst das letzte Opfer zu bringen, um den Sieg der Arbeiterklasse, den Sieg des Sozialismus herbeizuführen.

Kampfbereit!
Der Vorstand der Sozialistischen Arbeiter-Partei.

Proletarier-Weihnachten

Weihnachten soll das „Fest der Liebe“, des „Friedens auf Erden“, das „Fest der Freude und Zufriedenheit“ für alle Menschen sein. Und in der Tat schenken sich ja Millionen Menschen nach Frieden und Freude. Auch die Millionen von Proletariern, die der unerbittliche mörderische Kapitalismus zu harten Klassenkämpfern geformt hat, haben ein Bedürfnis nach einem wirklichen Fest, nach wenigstens ein paar Tagen der Freude und sorglosen Zusammenseins mit ihren Familienangehörigen, Freunden oder Verwandten. Auch der Proletarier hat den Wunsch, glückliche Kinderaugen zu sehen, seine Kinder, seine Frau oder seine Eltern durch Geschenke zu erfreuen. Diese Wünsche sind um so stärker, als er weiß, wie notwendig seine Angehörigen die vielen, in den Schaufenstern prangenden „praktischen Weihnachtsgeschenke“ gebrauchen könnten.

Aber die „göttliche“ — kapitalistische — Welt-„Ordnung“ kann, zumal in der heutigen Zeit, bei der erdrückenden Mehrzahl der Proletarier nur den Wunsch auslösen, seine Angehörigen zu beschenken. Die Möglichkeit dazu ist ihnen vollkommen genommen.

Unsere zweite Diskussionsbeilage

bringt heute zu dem Thema

„Die Stellung der SAP zur SPD und KPD“

Beiträge der Genossen Rosenfeld und Frölich. Außerdem bringen wir in der heutigen Diskussionsbeilage noch den für die erste Nummer bestimmten Artikel des Genossen Seydewitz zu den Problemen der innerparteilichen Demokratie.

Die nächste Nummer soll ganz den Zeitschriften der Genossen aus dem Reich zu den in der ersten und zweiten Diskussionsbeilage behandelten Themen zur Verfügung gestellt werden.

Die Redaktionskommission der Diskussionsbeilage.

Sie müssen nur mit ansehen, wie die satten Bürger und ihre Kinder, Frauen und „Freundinnen“ mit Geschenken überhäufen. Sie müssen ihre Kinder, die angesichts der Schaufensterpracht so viele Wünsche äußern, schweren Herzens von den schönen Auslagen wegzerren und mit der kalten Bemerkung, „wir haben kein Geld“, ihnen die Wünsche austreiben. Und in den größten Elendsvierteln dürfen die Proletarier — wenn sie Glück haben — Weihnachtsgeschenke fabrizieren — für die anderen. Für sich selbst und für ihre Kinder dürfen sich die Proletarier keine überflüssigen Geschenke leisten. Sie müssen froh sein, wenn sie notdürftig zu essen haben.

So wird für den Proletarier das Fest der Liebe zum Fluch. Und kaum eine Zeit des Jahres ist so wie Weihnachten dazu angetan, die Erbitterung und den Klassenhaß des Proletariats gegen die heutige Gesellschaftsordnung zu steigern. Die Erbitterung des denkenden Arbeiters, ganz besonders des Arbeitslosen, muß ins Maßlose wachsen, wenn er sehen muß, wie die herrschende Klasse mit ihren hochbezahlten satten Pfaffen diese Zustände noch mit einer christlichen Moralsoße übergießen und trotz des mörderischen Klassenkrieges, trotz des Hungers und des Verelendens von ungezählten Millionen ihr „Friede auf Erden und allen Menschen ein Wohlgefallen“ plärren, als ob alles in bester Ordnung wäre.

Wie aber „feiert“ das deutsche Proletariat das Weihnachten von 1932? Es herrscht nicht nur die größte bisher dagewesene Arbeitslosigkeit, es sind nicht nur die Unterstützungssätze für die Arbeitslosen heute geringer denn je, die Zahl der überhaupt von jeder Unterstützung Ausgeschlossenen größer als je zuvor, sondern auch, soweit ein Proletarier heute noch das „Glück“

hat, Arbeit zu haben, schützt der Lohn ihn und seine Familie kaum vor dem Verhungern. Das Jahr 1932 hat ihm durch staatliche Lohnkürzungen und Kürzungen infolge der Krise fast die Hälfte seines auch vorher kurzen Lohnes gekostet. Das „Fest der Liebe“, das besonders ein „Fest des Kindes“ sein soll, findet in einer Zeit statt, in der Hunderttausende von Arbeiterkindern kein Bett haben und der Schule fernbleiben müssen, weil sie buchstäblich nichts mehr anzuziehen haben. Zehntausende gehen an Unterernährung, Tuberkulose usw. elend zugrunde. Die heranwachsende Jugend, die Arbeiterjugend und -mädels, sind fast alle arbeitslos und von jeglicher Unterstützung ausgeschlossen. Sie haben überhaupt noch keine Freude kennen gelernt, sie kennen in der „Blüte ihrer Jahre“ nur Not, Elend und Verzweiflung. Neben humanen Bibelpredigten bietet ihnen die „christliche“ Gesellschaft nichts weiter als — den „freiwilligen“ Arbeitsdienst.

Es ist gerade die christliche Kirche, die als die konsequenteste Vertreterin des kapitalistischen Systems mit der Hauptschuld an den heutigen Zuständen trägt. Die christliche Kirche tut alles — und sie benutzt dazu ganz besonders auch das „schöne Weihnachtsfest“ — um die ausgebeuteten und unterdrückten Massen vom Kampf gegen das mörderische kapitalistische System abzuhalten, sie in Knechtschaft und Duldbarkeit zu erhalten.

Im Namen der „christlichen“ Religion, mit den alten salbungsvollen, christlichen Phrasen, aber die Herrschenden ihre Regierungsgewalt auszuüben, schwingen sie den Gummiknüppel und lassen Maschinengewehre auffahren, wenn das hungernde Volk rebelliert. Es ist ein besonderes Merkmal der schwächsten und brutalsten Reaktion, daß sie sich in besonders ausgiebigem Maße mit christlichen Phrasen umgibt. Der verlorrene Reichskanzler Papen, der den Arbeitenden wie Arbeitslosen durch seine Notverordnungen Milliarden an Lohn und Unterstützungsgeldern raubte, ist ein ganz typischer Vertreter jener kapitalistischen Schichten, die bei jeder noch so grausamen Maßregel gegen die Masse der Bevölkerung das Christentum im Munde führen. Im Namen des Christentums hat er schon beim Regierungsantritt sein Programm verkündet. Er brachte es mit seiner christlichen Moral vollkommen in Einklang, am 30. August dieses Jahres eine Reichspräsidenten-Botschaft zu verkünden, in der im Hinblick auf die kommende Notverordnung gesagt wird, „daß die Lebenshaltung der Arbeiterschaft gesichert und der soziale Gedanke gewahrt bleiben müsse“. Und dann verkündete er fünf Tage darauf sein Programm, das den Kapitalisten 2,5 Milliarden Liebesgaben zusicherte, der Arbeiterklasse aber Milliarden an Löhnen und Unterstützungen raubte. Derselbe Papen hat erst vor wenigen Tagen als Reichskanzler a. D. in dem Gremium der heute in Deutschland Regierenden, dem Herrenklub, eine Rede gehalten, deren Kernsatz lautet:

„Unsere gesamte kulturelle Entwicklung steht und fällt mit dem Begriff des Eigentums. Man soll auch in dieser Zeit den Mut haben zu bekennen, daß Eigentum heilig ist.“

Gewiß ungewollt, aber sehr richtig hat hier Herr v. Papen den ganzen Charakter des Christentums gekennzeichnet. Sein einziges Heiligtum, sein einziger wirklich geliebter Gott ist das Eigentum, das Kapital. Im Interesse dieses „Heiligtums“ wird nicht nur in verlogener Weise „Frieden auf Erden“ verkündet, sondern im Interesse dieses Heiligtums müssen in der Welt Hunderte von Millionen Menschen hungern und im Elend verkommen. Zum Schutze dieses Heiligtums werden von Pfaffen gesegnete Kanonen, Kriegsschiffe und Bombengeschwader gebaut, Giftgase fabriziert, der Massenmord vorbereitet und durchgeführt. Der in Gottesfürchtigkeit und Duldbarkeit erzogenen und niedergehaltenen Masse wird das „zu Bethlehem geborene göttliche Kindlein“ vorgestellt, um hinter dieser Kulisse den grausamen Gott, das wirkliche Heiligtum, den Geldsack, nicht zu erkennen.

In der Tat, diese Moral dieses Christentums steht und fällt mit dem Eigentum, mit dem Privatbesitz. Der Proletarier, der Arbeitslose hat gewiß kein Interesse, dieses „Heiligtum“ zu halten, aber alles, um es zu stützen.

Das Eigentum, der Kapitalismus, muß sterben, wenn das Volk leben soll. Das lehrt jeden denkenden Arbeiter ein Blick auf die heutigen Verhältnisse. Es gibt daher kein „Friede auf Erden“, es kann keine „alle Menschen umfassende Weihnachtsfreude“ geben, solange dieses massenmörderische Eigentumssystem besteht.

Will der Arbeiter wirkliche Feste der Liebe, der Freude und des Friedens ohne Not und Hunger feiern, dann darf er sich keinen Augenblick durch die verlogene christliche Sentimentalität einlassen lassen; dann muß er gerade auch an dem Weihnachtsfest der Besitzenden erkennen, daß es für ihn nur eines gibt: Unerbittlichen Klassenkampf bis zum Sturz dieser christlich-kapitalistischen Gesellschaft!

Französische Hilfe für deutsche Kinder

Berlin, 22. Dezember

CNB. Die deutsch-französische Gruppe der europäischen Hilfe, die vor sechs Monaten in Paris ins Leben gerufen wurde, hat sich die Aufgabe gestellt, für die Verständigung der Völker zu arbeiten und an der Linderung der Not, insbesondere der Kinder, in allen Kreisen mitzuwirken. Durch Vermittlung der internationalen Vereinigung für Kinderhilfe ist im Nordosten Berlins jetzt ein Kinderhort ins Leben gerufen worden, der 50 Kindern Essen und Aufenthalt gewährt. Die Mittel dazu sind von französischen Geldgebern zur Verfügung gestellt worden und aus Sammlungen hervorgegangen. Der Hort wird von mehreren Franzosen und zwei deutschen Hortnerinnen geleitet.

Landwirtschafts-Bankrott Neue Zölle

Der Reichsernährungsminister Freiherr v. Braun hat am Donnerstag in einer Rundfunkrede zur Lage der „Landwirtschaft an der Jahreswende“ Stellung genommen.

Der Reichsernährungsminister mußte eingestehen, daß die Lage der Landwirtschaft trotz aller besonderen Zuwendungen des Staates nach wie vor katastrophal ist. Braun hob rühmend hervor, was alles für die Junker getan würde.

Die Regierung hat den Genossenschaften Kredite zur Verfügung gestellt, sie hat durch die sogenannte Osthilfe den Junkern riesige Subventionen zugeschanzt. Für das Stedlungswesen wurden Mittel zur Verfügung gestellt. Es wurde eine Getreidepreisstützungsaktion durchgeführt, die bei steigendem Getreideanbau dafür sorgte, daß die innerdeutschen Preise auf einem künstlich hohen Stande gehalten werden konnten. Die Zinsen für Hypothekarkredite wurden durch eine Notverordnung erheblich gesenkt und dadurch die ländliche Schuldenlast herabgedrückt. Durch Zollsteigerungen wurde noch mehr als früher die Einfuhr billiger und den deutschen Großgrundbesitzern eine empfindliche Konkurrenz bietender ausländischer Agrarprodukte erschwert. Dadurch wurde zwar eine Getreideproduktion erzielt, die den innerdeutschen Bedarf fast völlig deckt.

Aber mit der wachsenden Not der breiten Massen der städtischen Bevölkerung sank die Nachfrage nach den Agrarprodukten aller Art. Ganz besonders schwer hiervon wurden die vor allem auf Veredelungswirtschaft (Milch, Butter, Kleinvieh usw.) eingestellten Klein- und Mittelbauern betroffen und damit auch die Siedler, für die ebenfalls fast nur dieses Gebiet der Agrarproduktion in Frage kommt. Wie katastrophal sich der Einkommensrückgang der Arbeiterschaft auswirkte, geht daraus hervor, daß die Verkaufserlöse der Vieh- und Milchwirtschaft um mehr als 2 Milliarden Mark niedriger waren als 1928.

Welchen Ausweg hatte der Reichsernährungsminister aus dieser Lage aufzuzeigen? Noch höhere Zölle als bisher, das war das einzig „Positive“, das er zu bieten hatte. Darum ist nach Brauns Ankündigungen die Handelspolitik der Regierung vor allem darauf gerichtet, in neuen Verträgen die bisherigen festen Zollsätze durch natürliche, noch höhere autonome, d. h. jederzeit einseitig neue Erhöhungen gestattende, Zölle und Kontingentierungen aller Art zu ersetzen.

Braun erklärte die verschiedenen auf Grund der schweren Krise im Laufe des Jahres gemachten Vorschläge, wie z. B. der Kartellbildungen auch in der Landwirtschaft. Er mußte zwar wiederum zugeben, daß

die Lohnsenkungen der Arbeiterschaft ein Faktor der Absetzerschwerung für landwirtschaftliche Produkte

wären. Aber an diesem Punkte hätte sich der die Interessen der Kapitalistenklasse vertretende „Ernährungs“-Minister wohlweislich vor jeder konkreten Richtlinie. Er meinte, die jetzt von der Regierung unter vielen Schwierigkeiten schließlich zugestandene klagliche Winterhilfe sei ein Schritt auf dem Wege nach dieser Richtung hin, Erleichterungen — für die Landwirtschaft! — zu schaffen.

„Eine organische Agrarpolitik ohne Schlagworte“ und daß „alle, die deutsches Korn bauen und deutsches Brot brechen, einander nicht als Gegner, sondern als Weggenossen betrachten, die zusammengehalten werden durch gemeinsames Blut und durch deutschen Boden.“

Unter diesen bezeichnenden Phrasen am Schluß der Rundfunkrede des Reichsernährungsministers verbirgt sich die Fortsetzung der Politik zugunsten der deutschen Junker, auch wenn die Gesamtwirtschaft darunter leidet und die werktätigen Massen dabei noch elender zu Grunde gehen.

Der neueste Volks- gemeinschafts-Rummel

„Netzwerk der deutschen Jugend“ — Das jüngste Glied in der Kette der „Jugendertüchtigung“

Berlin, 24. Dezember.

WTB. Die Not der Arbeitslosigkeit lastet schwer gerade auch auf der deutschen Jugend. Weder Arbeitsbeschaffung noch Arbeitsdienst können verhindern, daß mit dem Anbruch des Winters Hunderttausende von jungen Deutschen mit dem Schicksal der Erwerbslosigkeit und der Untätigkeit zu ringen haben. Darum rufen Reichspräsident und Reichsregierung das deutsche Volk am Weihnachtstage zum Netzwerk der deutschen Jugend auf. Das Netzwerk soll der arbeitslosen Jugend Gelegenheit zu ernsthafter beruflicher Bildungsbereitungen und ihr sonstige sinnvolle geistige und körperliche Betätigung ermöglichen. Es soll ihr in Verbindung damit täglich eine gemeinsame warme Mahlzeit sichern.

Gemeinsinn und Hilfsbereitschaft aller Teile der Bevölkerung müssen in diesem Netzwerk zusammenwirken, um die arbeitslose Jugend körperlich und geistig gesund und lebensfähig zu erhalten und ihren Willen zu kameradschaftlicher Selbsthilfe zu stärken. Die freiwilligen Anstrengungen der Bevölkerung werden die planmäßige Unterstützung des Reiches erfahren. Die Reichsregierung stellt allen geeigneten Einrichtungen, insbesondere auch freiwilligen Kameradschaften junger Arbeitsloser, die sich in den Dienst des Netzwerks stellen und es praktisch verwirklichen, Beihilfen zur Verfügung. Sie sollen vor allem die vorgesehene Verpflegung ermöglichen.

Die Förderung des Netzwerks der deutschen Jugend ist dem Reichsarbeitsminister übertragen. Er wird die notwendigen Anordnungen treffen.

Berlin, den 24. Dezember 1932.

Der Reichspräsident
von Hindenburg.

Die Reichsregierung
von Schleicher
Reichskanzler.

Berlin, 24. Dezember.

WTB. Das Netzwerk der deutschen Jugend, zu dem Reichspräsident und Reichsregierung aufrufen, wird auf Anordnung des Reichs-

arbeitsministers durch die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung durchgeführt. Für das Netzwerk stehen aus Reichsmitteln in dem laufenden Haushaltsjahr neun Millionen RM. zur Verfügung. Hieraus dürfen Beihilfen solchen Einrichtungen und insbesondere auch solchen freiwilligen Kameradschaften gewährt werden, die allein oder im Zusammenwirken mit anderen Stellen junge Arbeitslose, Alter bis zu 25 Jahren außer zu gemeinlicher Mahlzeit durchschnittlich mindestens vier Stunden am Tage zusammenhalten. Hiervon sollen nach Möglichkeit zwei Stunden der beruflichen Fortbildung dienen, die übrige Zeit soll sportlicher Betätigung und geistiger Bildungsarbeit gewidmet sein. Die Beihilfen sollen so berechnet werden, daß höchstens je nach den örtlichen Verhältnissen 15 bis 25 Pfg. für jeden Teilnehmer gewährt werden. Sie haben regelmäßig zur Voraussetzung, daß sich auch andere — private oder öffentliche — Stellen mit eigenen Mitteln an der Verpflegung und den sonstigen Aufgaben des Netzwerks beteiligen. Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung wird die hiernach erforderlichen Maßnahmen im engsten Einvernehmen mit den Körperschaften, Verbänden, Vereinigungen und allen sonstigen Stellen einleiten und durchführen, die sich nach ihrem Aufgabenkreis mit der Hilfe für die arbeitslose Jugend befassen.

Zur Förderung des Netzwerks sollen unverzüglich in den Bezirken aller Arbeitsämter Arbeitsgemeinschaften gebildet werden. Sie sollen unter Vermeidung überflüssiger Organisationsarbeit alle Stellen zusammenfassen, die sich der arbeitslosen Jugend annehmen: Neben dem Arbeitsamt vor allem die Gemeinden (Jugend- und Wohlfahrtsämter, Berufsschulen), die freie Wohlfahrt und Jugendpflege (insbesondere die Winterhilfe), die Geistlichkeit und Lehrerschaft, die Jugendverbände aller Art, die Berufsverbände der Arbeitnehmer, Arbeitsgemeinschaften usw.

Reichstag bestimmt erst im Januar

Berlin, 23. Dezember.

VDZ. Reichspräsident Göring hat sich in Erledigung des kommunistischen Antrages auf Einberufung des Aeltestenrates des Reichstages für den 27. Dezember an die Aeltestenratsmitglieder der übrigen Fraktion gewandt, um ihre Wünsche hinsichtlich des Termins zu hören. Da die meisten Aeltestenratsmitglieder gegenwärtig verreist sind, wird sich die Beantwortung einige Tage hinziehen, sodas der Termin des 27. Dezembers überhaupt nicht mehr in Frage kommt. Wie das Nachrichtenbüro des VDZ hört, wird die nächste Sitzung des Aeltestenrates frühestens am Donnerstag, den 29. Dezember stattfinden. Damit würde auch ein Zusammentritt des Reichstages zwischen Weihnachten und Neujahr technisch nicht mehr durchzuführen sein. In der letzten Sitzung des Aeltestenrates war bekanntlich ein Zusammentritt in der Weihnachtswoche angeregt worden. Es ist nunmehr bestimmt damit zu rechnen, daß der Reichstag erst im Januar wieder zusammentritt.

Gewerkschaftsprotest

Gegen

Margarine-Beimischungszwang

(Eigene Meldung)

Berlin, 23. Dezember.

CNB. Die Vorstände des ADGB, des Afabundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, haben gemeinsam an den Reichskanzler folgendes Telegramm gesandt: Die unterzeichneten gewerkschaftlichen Spitzenverbände erheben hierdurch schärfsten Protest gegen jede Kontingentierung der Einfuhr von Margarineerohstoffen, gegen jeden Beimischungszwang zur Margarine, sowie gegen alle die Margarine als wichtiges Volksernährungsmittel verteuern oder verknappenden Maßnahmen.

Auch der christliche Deutsche Gewerkschaftsbund hat an die Reichsregierung bzw. an die zuständigen Ministerien ein ähnliches Telegramm gesandt, in dem er bittet, von Verordnungen abzugehen, die eine Verteuierung der Margarine bedeuten würden. Vor Butterbeimischungszwang, Kontingentierung der Margarineherstellung und monopolistischen Maßnahmen sei aus zwingenden Gründen, insbesondere solchen aus lohnpolitischer Art, dringend zu warnen.

Bürgermeisterwahl in Hamburg

Hamburg, 23. Dezember.

WTB. Der Senat hat für das Jahr 1933 Bürgermeister Dr. Karl Petersen zum ersten Bürgermeister und Bürgermeister Rudolf Rößig zum zweiten Bürgermeister gewählt.

Dr. Petersen ist Staatspartei, Rößig Sozialdemokrat. Beide haben schon seit Jahren diese Ämter inne.

Ist das wahr?

Unter dieser Ueberschrift brachte die SAZ am 19. November eine Notiz folgenden Wortlauts:

„Am 13. November erhielt die Internationale Hilfsvereinigung einen Brief der Witwe Ida Großkopf aus Ueckermünde, in dem sie mitteilt, daß ihr Sohn Paul am 3. November durch zwei Polizeibeamte ohne jeden Haftbefehl wie ein Verbrecher zum Bahnhof und von dort in die Heilanstalt Stralsund geführt worden sei, ohne daß er irgendwie geistig erkrankt wäre. Sie behauptet, daß diese Ueberführung erfolgt sei, weil ihr Sohn sich den Honoratoren der Stadt und dem Landrat politisch mißlieblich gemacht habe.“

Heute, am 24. Dezember, erhalten wir dazu ein Schreiben des Landgerichts-Präsidenten Möller-Stettin mit dem Ersuchen, gemäß § 11 des Pressegesetzes folgende Berichtigung zu veröffentlichen:

„Zu dem Artikel „Ist es wahr?“ in Nr. 265 der „Sozialistischen Arbeiterzeitung“ wird bemerkt: Der Händler und Rechtsberater Paul Großkopf in Ueckermünde ist wegen Geisteskrankheit entmündigt. Seine Unterbringung in der Heilanstalt ist mit ausdrücklicher Genehmigung seines Vormunds durch die Polizeiverwaltung erfolgt. Ein Haftbefehl bedurfte es dazu nicht.“

Stettin, den 19. Dezember 1932.

Der Landgerichts-Präsident
Möller.“

Auch nach dieser „Berichtigung“ sind wir durchaus nicht davon überzeugt, daß die Sache ihre Richtigkeit hat. Es wäre ja nicht der erste Fall, in dem unbenachteiligte Personen mit Hilfe der Behörden durch Internierung in einer Heilanstalt aus dem Wege geräumt werden! Es wird Aufgabe der internationalen Hilfsvereinigung sein, der Sache weiter nachzugehen.

darauf den Saal und beteiligten sich nicht weiter an den Beratungen des Landtags.

Rom, 23. Dezember.

Dem Wunsche des Papstes entsprechend haben die Regierungen von Bolivien und Paraguay über Weihnachten in einem 24stündigen Waffenstillstand eingewilligt, beginnend am Heiligen Abend 22 Uhr.

Bern, 22. Dezember.

Der Nationalrat genehmigte den mit rund 70 Millionen Franken Fehlbetrag abschließenden Voranschlag des Bundes für 1933, der vom Ständerat bereits angenommen ist. Er stimmte ferner dem internationalen Abkommen über Befähigungsmittel zu.

Auslands-Rundschau

Brüssel, 23. Dezember.

Die Kammer hat der neuen Regierung mit 100 gegen 80 Stimmen, das Vertrauen ausgesprochen.

Warschau, 23. Dezember

Zwischen dem polnischen Außenminister und dem sowjetrussischen Gesandten in Warschau erfolgte am Freitag der Austausch der Ratifikationsurkunden des zwischen Polen und Sowjetrußland abgeschlossene Nichtangriffspaktes sowie des polnisch-sowjetrussischen Vergleichsabkommens. Beide Verträge treten heute in Kraft.

Salzburg, 22. Dezember.

In der heutigen Landtagssitzung kam es zwischen dem sozialdemokratischen Landtagsvizepräsidenten Neumayr und dem nationalsozialistischen Bundesrat Scharitzer zu einem Wortgeplänkel, das schwere tätliche Zusammenstöße zwischen den teils sozialdemokratisch, teils nationalsozialistisch eingestellten Zuhörern auf der Galerie zur Folge hatte. Der nationalsozialistische Abgeordnete Reichl trug eine Verletzung am Kopf davon. Polizei stellte die Ruhe wieder her und räumte die Galerie. Die nationalsozialistischen Abgeordneten verließen

SPD für weiblichen Arbeitsdienst

Die Arbeitsdienstpflicht ist, wie der Reichskanzler-General kürzlich in seiner Rundfunkrede erklärte, eine Art Ersatz für die allgemeine Wehrpflicht, die das „Versäulter Diktat“ uns verbietet. In diesen Wehrpflichtersatz werden auch die Frauen einbezogen, im Oktober waren 10 000 Mädchen unter 25 Jahren, die in den Arbeitslagern „dienten“. Für diesen militärischen Drill der Frauen setzen sich auch die Sozialdemokraten ein. Wie die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen vertreten sie die Auffassung, was der Mann kann, das kann die Frau schon lange. Konsequenz weiter geführt heißt das natürlich, daß im „Ersatzfall“ die Frauen auch in schöner bunter Uniform ins Feld ziehen müssen, denn sie werden doch nicht hinter den Männern zurückstehen!

Das Organ für die weiblichen Funktionäre der SPD, die „Genossin“, veröffentlicht in seiner Dezembernummer einen Artikel, in dem es heißt:

„Die Auffassung ist irrig, daß der FAD für Mädchen überflüssig sei, weil — wie verschiedentlich geäußert wurde — das Mädchen im Haushalt und in der Familie immer ein ausreichendes Arbeitsfeld habe. Das trifft für eine sehr große Zahl von Mädchen nicht zu, vor allem Dingen nicht in den Familien, die durch jahrelange Arbeitslosigkeit schon so verarmt sind, daß eine Pflege des Haushalts beim besten Willen nicht mehr möglich ist, weil gar nichts mehr da ist, was gepflegt werden konnte. Die Gefahr des Verbannens und der Verwahrlosung ist für das arbeitslose, zur Untätigkeit verdammt Mädchen genau so groß wie bei den arbeitslosen jungen Männern, nur mit dem Unterschied, daß die Folgen für das Mädchen gesellschaftlich, wirtschaftlich und gesundheitlich gesehen, in der Regel sehr viel schwerer sind. Langsam erst hat auch in den Kreisen der Reichsanstalt sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß der FAD sich nicht zu einer Einrichtung nur für männliche Jugendliche entwickeln dürfe. Die bisher völlig negative Haltung gegenüber der weiblichen Jugend ist jetzt umgeschlagen.“

Der freiwillige Arbeitsdienst ist da! Die Arbeiterorganisationen nehmen ihn in Anspruch als pädagogisches Mittel und weil sie den Kreis der zu ihnen gehörenden

„Wir wollen, daß die befreiende Kraft, die in der Arbeit liegt, auch der Frau zugute kommt. Darum wollen wir nicht die Frau vor der Arbeit, sondern die Arbeit und die Frau vor der Ausbeutung schützen!“
Viktor Adler.

Jugendlichen nicht ausschließen wollen von der Beteiligung an diesen Mitteln. Die Auswüchse und mißbräuchliche Benutzung des FAD sind uns bekannt und wir bekämpfen sie. Wir können sie besser bekämpfen, je größer unsere Beteiligung an den FAD-Maßnahmen wird, und nur dann, wenn die von uns durchgeführten Maßnahmen nach jeder Richtung hin die Voraussetzungen erfüllen, die in bezug auf Arbeit, Unterbringung, Freizeitgestaltung, geistige Schulung und die Fragen des Gemeinschaftslebens gestellt werden müssen.“

Kein bürgerlicher Rummel — und schlug er noch so sehr allen Grundsätzen des Sozialismus ins Gesicht — bei dem die SPD nicht „dabei sein“ muß. Natürlich immer nur, um Uebel zu beseitigen. So mußte man beim bürgerlichen Staat „dabei“ sein, um Machtpositionen zu besetzen, „eroberte“ die preussische Polizei, um mit einem Leutnant und zwei Mann wieder herausgesetzt zu werden und wurde so nichts anderes als selbst eine Machtposition für die anderen. Frauen, die nicht Soldaten spielen, die nicht Machtpositionen der herrschenden Klasse setzen wollen, bekämpfen diesen verbrecherischen Wahnsinn und arbeiten in der SAP!

Was liest die Frau?

Paula Modersohn-Becker: Briefe und Tagebuchblätter

Ein ungewöhnlich schönes Buch, das der Kurt Wolff-Verlag jetzt in einer billigen Volksausgabe für 2,85 Mark herausgebracht hat. Ein kurzes, aber sehr erfülltes Leben zieht in diesen Briefen und Tagebuchblättern an uns vorüber, das Leben einer Künstlerin, das sehr abseits liegt von unseren Alltagsorgen und uns doch in keinem Augenblick fremd anmutet, weil es so ungeheuer menschlich und warm gelebt ist. Studien, Glück im künstlerischen Schaffen und wieder Zweifel an der eigenen Kraft, kurzes Glück in der Ehe mit dem Maler Modersohn und doch wieder letzte, tiefste Einsamkeit, buntes Künstlerleben in Paris und Abgeschiedenheit im Heidedorf Worpswede werden lebendig. Wer einmal die Bilder gesehen hat, die diese Frau in der kurzen Zeit, die sie zu leben hatte, geschaffen hat, wird sie erst ganz verstehen und noch mehr lieben, wenn er dieses Buch gelesen hat. 31 Jahre hat Paula Modersohn-Becker nur gelebt, bei der Geburt ihres Kindes starb sie. Und doch ist dieses Leben kein Torso, es ist abgerundet und in sich geschlossen in stärkster Erlebniskraft. — Ein Buch, dessen Genuß wir uns in ruhigen Stunden, die nötig sind, um wieder Kraft für den Kampf zu gewinnen, einmal leisten sollten.
D. F.

Statt einer Weihnachtsgeschichte

Am Weihnachtsabend hängen die reichen Leute bunte glitzernde Glaskugeln an ihren Bäumen, und die Kinder der reichen Leute sind sehr glücklich darüber. Sie ahnen nichts davon, daß an diesen kleinen Händen diese leuchtenden Kugeln und Sterne für sie gemacht haben, an diesem Abend kein hunter Stern leuchtet und ihre Augen matt und traurig sind, weil sie frieren und Hunger haben. Diese Kinder wohnen zum Teil oben im Thüringer Wald in den Heimarbeiterdörfern und haben samt ihren Müttern wenig Arbeit, weil die Zahl der reichen Leute, die ihre Waren kaufen können, immer kleiner wird. Zu diesen Kindern und ihren Müttern wollen wir unseren Weihnachtsbesuch machen, und zwar mit Anna Siemsen, aus deren Buch „Deutschland zwischen Gestern und Morgen“ wir mit freundlicher Genehmigung des Urania-Verlages folgende Kapitel abdruckten.

„Sie sind doch nicht von hier?“ sagte der Zahnarzt, den ich zum ersten Male in Thüringen aufsuchte, als er mir in den Mund geschaut hatte. „Nein, allerdings — meine Sprache.“ „Ach was, die Sprache!“, sagte er verächtlich, „ich meine Ihre Zähne.“ Solche Zähne gibt es hier gar nicht. Hier sind alle Kiefer verkommen! Man sieht das den echten Thüringerwald-Gesichtern an. Sie haben alle etwas vom Embryo. Breite, hochgewölbte Stirnen und darunter zart und schwachlich gebildete Wangen, Mund und Kinn. Das ganze Gesicht läßt sich in ein spitzes Dreieck zeichnen. Das gibt den jungen Frauen besonders eine zarte Anmut, und die Männergesichter haben etwas Philosophisches: Philosophie der Armut, durch jahrelanger Hunger erzeugt.

Glasblaserei ist in den großen Städten und bei uns in Kunstgewerben etwas Hochbezogenes. Was sich die Damen vom Kurfürstentum in ihre Vitrinen setzen dafür sind bereit, Phantasiepreise zu geben. Aber die Thüringer Glasbläser bezahlt niemand Phantasiepreise. Ihre Kunst geht sehr mühsam nach einem sehr kurzen Drost. Und wenn sie nur künstliche Tiere bliesen, so wären sie längst verhungert. Sie haben sich auf gefragtere Artikel spezialisiert. Im Sommer ergötzen wird der Christbaum geschmückt, nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt, soweit sie Weihnachtsbäume kennt.

Wer weiß, wo Goldstalt liegt? Man kann nur hinkommen, wenn man gut zu Fuß ist. Und die Touristen durchwandern es schnell, weil sie die Höhen des Thüringer Waldes erreichen wollen. Es ist kein Beauty Spot (kein Luxusort), trotz seines Märchen Namens, nur ein freundliches Tal mit hohem Tannenwald und einem linken Waldwasser, an dem sich die Dorfstraße hinzieht, und lauter kleinen weiß und grauen Schieferhäuschen. „Deutsche Heimat“, wird der Kunstwart befriedigt konstataieren, und die Herren Sozialreformer, die jetzt für Werkstoffausbildung sind und den Arbeiter seinem Heim und der ungestörten Arbeit darin zurückgeben wollen, würden hier ihr verwirklichtes Ideal sehen, denn jedes der kleinen Häuser ist eine Heimwerkstatt. In einer solchen machte ich meine Morgenvisite.

Es war ein kleiner Haushalt zu dritt. Der Junge war in der Schule, die alte Mutter war auf dem Kartoffelacker. Zu Hause war nur die junge, verwitwete Frau. Und sie zeigte mir gern ihre Werkstatt und ihre Arbeit. Beides war gleich einfach. Ein kleiner Tannenholzstisch mit der unvermeidlichen Gasflamme. Davor saß sie und machte „Perlen“. Das Glasröhrchen wird über die Flamme gehalten. Sie atmet hinein und schiebt es weiter. So entsteht ein Perlechen nach dem andern. Man braucht sie nur mit der Schere abzuschneiden, und die Fabrik gießt sie dann mit Wachs oder Farbe aus. Es ist eine sehr einfache Arbeit. Aber die Frau muß ganz gleichmäßig atmen. Ein

Sekundenbruchteil zu viel, und die Perle ist verdorben. Und sie atmet sehr schnell. Dreißig Pfennige bekam sie für das Utens Perlen, das ist zweieinhalb Pfennig für das Dutzend. Aber Glas und Glasverbrauch mußte sie selber bezahlen. Zu den qbl es Glasknopfe zu blasen. Die sind etwas komplizierter und werden besser bezahlt. Aber sie fordern auch viel Geschicklichkeit. „Wie lange blasen Sie denn Glas?“ „Seit meinem sechsten Jahr. Man muß früh anfangen, wenn man es richtig lernen will. Ich habe mein Leben lang Glas geblasen, auch als mein Mann noch lebte. Den Haushalt, die Ziege und das Feld besorgt ja die Mutter.“ „Und was verdienen Sie?“ „Ich bin eine tüchtige Arbeiterin, ich bringe es auf 12 Mark die Woche. Wer nicht so geübt ist, verdient nur 8 bis 9 Mark. Es ist ja ärgerlich, daß man das Glas so weit herholen muß. Und die Fabrik legt auch zwei Stunden weg über den Berg. Ich gehe alle vierzehn Tage hien. Das ist ein halber verlorener Tag. Wenn wir gute Aufträge haben, geht es noch. Aber das sieht jetzt manchmal schummig aus. Alles liegt still.“

„Wie können die Leute leben?“ fragte ich nachher den jungen Lehret, der seit zwei Jahren im Dorle war und behafteten Anteil nahm an allem, was darin vorquoll. „O, die Glasbläser“, sagte er, „das sind noch die Aristokraten bei uns. Sie und die Porzellanmaler. Viel schlimmer ist das Puppenfliegen.“ Er rief einen Jungen her, der auf den anderen gerade sehr lebhaft beschaffte war, an der Tafel ein recht phantastisches Schiff mit bunter Kreide zu zeichnen. Sie hatten natürlich nie ein Schiff gesehen in diesen Tälern. Aber gerade darum: Schiffe, das war Abenteuer, Weite und Ferne. Und „a jed's hat sei Sehnsucht“, auch bei den Heimarbeitern. „Wieviel verdient ihr eigentlich beim Puppenfliegen?“ „Ja“, sagte der Junge, „das kommt drauf an. — Wir sind ja fünf zu Hause. Vater stül den ganzen Tag dabei. Er findet ja keine andere Arbeit. Mutter auch, wenn sie nicht im Haus zu tun hat. Dabei kann ich ihr ja auch helfen. Und ich. Die zwei Kleinen können auch schon die Balge stopfen. Letzte Woche hat Vater 14 Mark bekommen.“

„Sie haben ja noch ihre Aecker“, sagte der Lehret, als der Junge zu seinem Schiff zurückgekehrt war, „die bringen freilich nicht viel. Letzte Woche bei dem Gewitterregen hat es ihnen alle Kartoffeln, die sie eben gesetzt hatten, den Berg hinuntergespült. Sie haben nachher alles in Kiepen wieder hinaufgetragen, Erde und Kartoffeln. Sie haben alle Ziegen. Und dann ist der Wald da. Sie suchen Beeren und Pilze. Und sie dürfen sich in auch das Dürholz suchen. Das tun vor allem die alten Frauen. Und natürlich wird viel Holz gestohlen. Am schlimmsten ist, daß die Kinder so früh mitarbeiten müssen. Und daß sie einmal hinauskommen. Sie haben ja keinen Begriff, daß es draußen eine andere Welt gibt.“

Die Heimarbeit ist durchaus nicht immer Elendsarbeit. Es gibt qualifizierte Handwerker, die dabei ein sehr gutes Auskommen haben. In Frankreich beruht auf ihr ein Teil der besten Luxusarbeiten, und das trägt bei zum Ausbalancieren der so sehr ausgeglichenen und lange Zeit so konservativen französischen Wirtschaft. In der Schweiz ist die Uhrenindustrie Heimindustrie mit hohem Lebensniveau ihrer Arbeiter. Auch in Deutschland gibt es Heimarbeiter mit gutem Auskommen. Heimindustrien in wohlhabenden Gegenden mit guter Heberlieferung.

Sie wird zur Feindsindustrie nur dann, wenn sie eine schwache, hilf- und wechelse Arbeiterchaft findet. Das ist der Fall bei den Frauen, die durch Erziehung, Gewöhnung, gesellschaftlichen Druck hilflos sind. Frauenarbeit hat deshalb auch die Musterbeispiele für Heimarbeiterelend geliefert. Die Mäntel- und Wäschehererei, die Spitzen-

klappelei erwecken immer wieder sentimentales Mitleid und werden immer wieder so rasch vergessen, wie jede andere Sensation.

Es gibt viele Heimarbeiter auch außer der Glasblaserei, der Porzellan- und Instrumentenhererei ist ein sehr altes Geschäft. Und was den einzigen, jeden Holzschneider angeht. Sie helfen die Kruppenlegen, die Arche Noahs, die Holzernen Dörfer und neuerdings alle die von Eisen Motorautomobile, die das Fußraden unserer Kinder sind. Ich habe kleine Bäckereien von ihnen gesehen, die aus einem schwarzweiß bemalten Stabchen und ein paar Hobelspanen und soviel Amand, Pfand und Naturlinien gefaltet waren, daß jede Kunstgewerblern von Neu erblissen mußte. Aber wie lohnt sich diese Erfindungsgebe und Geschicklichkeit? In einem kleiner Kunstgewerbehans bezahlte man für eine hübsch bemalte Kunstleude aus dem Litzebirge 90 Pfennige. Im Litzebirge bekam der Schreiber 5 Pfennige für das Stück und mußte das Holz noch dazu liefern.

„Was wast du im Koib?“ fragte ich ein kleines Mädchen, das am dritten Weihnachtsfeiertag mitten durch die schlafenden Wälder gese, seinen malisimo Weg suchte. „Arbeid“, flüsterte sie angstlich. Es waren Duppelkopfe und zuden zum „Zusammenbacken“. Arbeit, Not und nie ermüdende, stets enttäuschte Hoffnung, das ist Heimarbeiterelend.

Familienrechtsreform in Frankreich

Seit 1896 und verschiedentlich seit 1918 wird in Deutschland der Kampf um eine Reform des Familienrechts geführt, die den der gesamten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung Hohn sprechenden Zustand beseitigen soll, daß die Frau praktisch noch unter der Vormundschaft des Ehemanns steht, sich von ihm den Wohnsitz vorschreiben lassen muß, völlig ungenügenden Einfluß auf die Erziehung der Kinder — besonders im Falle der Scheidung — hat, vermögensrechtlich auch dann von ihm völlig abhängig ist, wenn sie allein oder zum entscheidenden Teil zum Unterhalt der Familie beiträgt, ohne die Zustimmung des Ehemanns keinerlei vermögensrechtliche Handlung vornehmen, keinen rechtsgültigen Vertrag abschließen, sich nicht einmal ein Postscheckkonto mlegen darf.

Anderes steht es in einem Lande ohne Frauenstimmrecht, in Frankreich, wo jetzt der Ministerpräsident und der Justizminister dem Parlament einen Gesetzentwurf vorgelegt haben, der alle Aussicht auf Annahme hat.

Ausgehend von der Erkenntnis, daß, wie es in der Begründung heißt, „ein einziger Blick auf das bestehende Recht genügt, um darüber zu belehren, daß die Rechtsunfähigkeit der Frau eine überlebte Institution ist, die bereits scharf geschlagen und dazu bestimmt ist, schleunigst zu verschwinden“, sieht der Entwurf die „Beseitigung der bürgerlichen Rechtsunfähigkeit der verheirateten Frau und eine grundlegende Änderung des Eherechts vor“. Er hebt die „eheherrliche Gewalt“ auf und erkennt der Frau „die alleinige freie Entscheidung ein Geschäft zu betreiben oder einen Beruf auszuüben“, zu. In bezug auf das eheliche Güterrecht wird gesagt, daß es „vollkommen vergeblich ist, der Frau die bürgerliche Rechtsfähigkeit zu verleihen und gleichzeitig den bestehenden gesetzlichen Güterstand aufrecht zu erhalten, unter dem die Frau nicht einmal über ihr persönliches Eigentum frei verfügen, der Mann aber das gesamte Eigentum, das Heiratsgut und alles in der Ehe Erworben nach Belieben verenden kann, ohne daß die Frau irgendein wirksames Mittel dagegen in der Hand hat“. Infolgedessen sieht der Entwurf das Prinzip der Gütertrennung (ohne besonderen Vertrag) vor und die Teilung des in der Ehe erworbenen Gutes, da „dieses Gut in den meisten Fällen der Arbeit und der Sparsamkeit beider Ehegatten zu verdanken ist“. Ueber die praktische Durchführung dieser Teilung enthält der Entwurf eine große Anzahl von Sonderbestimmungen.

Abgesehen von dem materiellen Inhalt ist für uns die Art der Begründung bemerkenswert, die mit der typisch französischen, ritterlichen Geste althergebrachte, unhaltbar gewordene Vorschriften über Bord wirft und ohne nach Schreinkonzessionen, die praktisch nichts ändern, zu suchen, mit entschlossenem Griff das als richtig Erkante in die Praxis umsetzt. Mit unzweideutiger Verachtung wird die Alleinheerschaft des Mannes im geltenden französischen Recht als „Tradition germanischer Sitten“ bezeichnet und mit eindringlicher Klarheit festgestellt: „Mag die Abhängigkeit der Frau zu Beginn des 19. Jahrhunderts, in dem sie sich ausschließlich mit dem Haushalt beschäftigte, und ihr Einfluß, so groß er auch war, nur im Verborgenen wirken konnte, gerecht gewesen sein — heute ist diese Stellung unmöglich. Die gleiche Erziehung und Ausbildung der Frau, die Notwendigkeit auch für sie im Leben und mit dem Leben zu kämpfen, ihr Beitrag durch Arbeit und Beruf zum Unterhalt der Familie, ihre Rolle ähnlich der des Mannes im öffentlichen Leben verbieten ihre weitere familiärrechtliche Abhängigkeit vom Manne, denn diese verletzt ihre persönliche Würde, fügt dem Ganzen ersten Schaden zu und zwingt sie, für sich und ihre Kinder erst mit extremen Mitteln Hilfe und Schutz suchen zu müssen.“

Es ist nicht nur Galanterie, es ist auch Klugheit und Vorsicht des bürgerlichen Frankreichs, diesen „extremen Mitteln“ zuvorzukommen und einen zweiten „Zug der Weiber“ nach Versailles zu vermeiden. Jede herrschende Klasse erhält die Antwort, die sie verdient.

Stille Fürbitte

Ich weiß, daß keiner mir weißmacht, Es wird Friede auf Erden sein. Es läuten die heilige Weihnacht Rudimente des Heidentums ein. Wenn ich mich als Junge verguckte In Christbaumgarnitur: Das waren Surplusprodukte Aus dem Wehrwert der Manufaktur. Und wenn man uns vorgelogen, Knecht Ruprecht käme beschern, So wurden wir heimlich erzogen Zu Gruppencharakter'n. Ich weiß, der Mensch tut anders, als er denkt! Er unterdrückt noch, wenn er etwas schenkt. Ich kenne das ja! Was ist nur das? Ich wünsch mir was, ich wünsch mir was! Ich weiß, daß an den Trust-Herrn Die Minderwertigkeit nagt; Es sind, die die Gottheit lästern, Von ihren Portiers geplagt. Ich weiß, an kanadischen Fischseen Begehrt man Laubsäckerkram; Ich weiß, sobald sie zu Tisch gehn, Sind selbst Anarchisten zahm. Und die in Kneipen hocken, Freibauter der Moral, Schickt Mutter ihnen Socken,

Dann werden sie sentimental. Ich weiß, der Mensch tut anders, als er denkt. Und auch der Misanthrop hofft, daß man ihn beschenkt. Ich kenne das ja — was ist nur das? Ich wünsch mir was! Ich wünsch mir was!

Ich weiß, der einsame Denker Träumt von der Morgenkritik; Ich weiß, der Kommunehenker Flennt noch bei Orgelmusik. Daß einer ein Bankhaus schädigt, Weil ihn ein Mädchen gereckt; Daß einer Demut gepredigt, Weil seine Verdauung defekt. Für alle Illusionen Sind Alltagsgräber bereit; Selbst die im Himmel thronen, Oedet die Seligkeit.

Der Mensch will anders, als er denkt. Wäre's nur ein Blick — nur daß man schenkt — Wäre's eine Hand nur, die ihn lenkt — Und wäre es nur ein Augenmaß: Er wünsch sich was! Er wünsch sich was!
Walter Mehring.

Giftgas in der Berliner Aerztekammer

Die Berliner Aerztekammer wird zu Plenarsitzungen auhinst selten einberufen. Ja, man kann ohne Uebertreibung sagen, der ganz einseitig zusammengesetzte Vorstand, in dem die Opposition völlig unvertreten ist, benutzt das Plenum ausschließlich als Jargonapparat für den Jahresetat. Und das nur umgarn, denn auch in der „Jahresversammlung“ können kritische Stimmen und prinzipielle Auseinandersetzungen nicht ganz unterdrückt werden.

Es muhte also für die überraschende Festsetzung im Dezember schon ein ungeheuer dringendes Problem zur Erörterung stehen. Diese unauflösliche Frage ließ aber nicht etwa Volksgesundheit in Gefahr oder Abbau der Gesundheitsfürsorge oder Verschlechterung der Krankenversorgung; sie hieß: „Aerztliche Hilfeleistung beim Gasschutz!“

Unter dem Motto des Dienstes am Volke schilderte der eine Referent zwar — wenn auch sehr zurückhaltend — die verheerenden Wirkungen des Blaus, Grün- und Gelbgases und gab warm empfehlend für jedes einzelne Gas die bis heute versuchten Schutzmaßnahmen bekannt. Er vermied es aber, die Möglichkeit des „Buntschlens“, der Anwendung der verschiedenen Giftgase zu gleicher Zeit, zu erwähnen. Das allein hätte nämlich schon die Unmöglichkeit eines wirksamen Gasschutzes bewiesen; da jedes Giftgas ungeheuere entgegengesetzte Wirkung des anderen hat und auch ganz entgegengesetzte und sich so fragwürdige Maßnahmen notwendig macht, ist beim Zusammentreffen zweier Gase Schutz überhaupt unmöglich. Man kann einen Gasschutz nicht zugleich in den Keller und aufs Dach transportieren, man kann ihn nicht gleichzeitig völlig unbewegt halten und unter die Brause bringen, man kann ihn nicht zugleich mit Beruhigungs- und Auszugsmitteln behandeln. Abgesehen davon, daß meist jede Behandlung zu spät kommt, wenn die Gasschutzwirkung in Erscheinung getreten ist.

Der zweite Referent sprach über die Organisation des Luftschutzes. Zu seinem Pech versprach er sich einige Male und warnte vor der „Luftschutzeinheit“. Er will die gesamte Bevölkerung einteilen in einen aktiven und einen passiven Teil. Der erstere, zu dem Polizei, Feuerwehr, Teno, Jugendwehrorganisationen und ein Sanitätskorps gehören, soll mit Gasmasken, Schutzkleidung, Sauerstoffapparaten und einem umfangreichen chemischen Laboratorium ausgestattet werden. Die passive Bevölkerung ist dazu da, von der aktiven „gerettet“ zu werden, ist also von vornherein zum Tode verurteilt.

Für die freigewerkschaftlich-sozialistischen Aerzte lehnte Gen. Klauber sehr sachkundig und eindringlich die ideologischen und praktischen Folgerungen der Referenten ab. Im Gegensatz zu der mit großer Majorität angenommenen offiziellen Entscheidung, die ein Absatz hervorgehoben zu werden verdient:

„... Es ist daher Pflicht jedes Arztes, sich mit dem Wesen und den Wirkungen hierdurch bedingter Schäden sowie mit den Heilmöglichkeiten vertraut zu machen, damit die Bevölkerung die beruhigende Ueberzeugung hat, daß sie zur rechten Zeit sachgemäße Hilfe bei den Aerzten findet.“

hat die Resolution der freigewerkschaftlichen Aerzte folgenden Wortlaut:

„In ihrer Sitzung vom 3. 12. 32 ist die Berliner Aerztekammer sich darüber klar geworden, daß bei der heutigen katastrophalen Wirtschafts- und Gesundheitslage der breiten Volksmassen und bei der zunehmenden Verelendung im Arzterufe selbst jede andere Tagesordnung dringlicher und wichtiger gewesen wäre, als die Frage der ärztlichen Betätigung innerhalb des „Gasschutzes“.

Die Aerzte, unabhängig von ihrer Einstellung zu dem Problem der Berechtigung von Kriegen überhaupt, müssen aus ihrer eigenen Erfahrung der Kriegs- und Nachkriegszeit den Völkerring als einen Zerstörer und Verderber der Volksgesundheit und des Menschenglückes kennzeichnen. In zukünftigen militärischen Auseinandersetzungen würden Kampfmittel von solcher Art, Wirkung und Masse gegen Front und Hinterland eingesetzt werden, daß nach ärztlichen Erkenntnissen wohl nur ein geringer Bruchteil der Bevölkerung mit dem Leben oder mit intakter Gesundheit davonkäme.

Auch wenn Milliarden von Mark für Luft- und Gasschutz ausgeworfen würden, so könnte dadurch die Sicherheit gegen den Einsatz von Kampfgas, Flieger-, Brisanz- und Brandwaffe kaum nennenswert erhöht werden. Wenn die Aerztschaft wirklich Dienst an der Volksgesundheit ausüben will, so muß sie

1. die Mitwirkung an den sogenannten „Luftschutzübungen“ ablehnen, um nicht der Illusion einer wirksamen Schutzmöglichkeit gegen moderne Kriegsmittel Vorschub zu leisten und um nicht ihrerseits kriegerischen Stimmungen gewisser Kreise Nahrung zu geben

2. Aufklärung über die vernichtenden Folgen des aero-chemischen Material- und Massenkrieges für die Volksgesundheit in allen Kreisen verbreiten,

3. die Einsetzung aller nur irgendwie erthätlichen Geldmittel, aller Forschungsmöglichkeiten und ärztlicher Betätigung für die Hebung der unterliegenden und Wirtschaftsnot zusammengebrochenen Volksgesundheit dringend verlangen,

4. ein Zusammengehen mit den Aerzten und den Angehörigen anderer geistiger Berufe aller Länder und mit allen an der Er-

haltung des Friedens interessierten Bevölkerungsschichten herbeiführen, um statt Weiken der Zerstörung vielmehr großzügige sozialhygienische Neuerungen und gesundheitliche Fortschritte zu erzielen.“

Unnötig zu betonen, daß diese Kampfanzeige gegen den Völkerring und gegen verbrecherische „beruhigende“ Illusionen nur durch wenige Stimmen Unterstützung fand. Leider muß festgestellt werden, daß eine einheitliche Stellungnahme aller sozialistischen Aerzte der Kammer durch die Gruppe der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Aerzte unmög-

Europas Nordküsten sinken Das letzte Erdbeben und die Zuschüttung der Zuider-See

Das letzte große Beben, das sich durch Holland und Westdeutschland von der Nordseeküste bis fast in die Schweiz hinein erstreckte, hat begreiflicherweise erhebliche Unruhe in die Bevölkerung jener Gebiete getragen. Man erinnerte sich letzter Prophezeiungen die von schweren Veränderungen an den Nordseeküsten, vom Verschwinden der Insel Helgoland in schwerer Bedrohung der britischen Inseln für das 4. oder 5. Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts sprachen. In Holland selber ist eine heftige Diskussion darüber entstanden, ob dies Erdbeben nicht im engen Zusammenhang mit der Zuschüttung der Zuider-See stehen. Die Bevölkerung machte der holländischen Regierung bereits den Vorwurf, daß sie die Frage nicht genügend geprüft habe, inwieweit solche tiefgreifenden Veränderungen der Meeresküste etwa ernste Folgen für die Gleichgewichtsverhältnisse der Erde haben müssen.

Der Direktor des Berliner Museums für Meereskunde, Professor Driant, hat hierzu nach Blättermeldungen seine Ansicht geäußert:

Auf die Frage: „Glauben Sie in der Tat, daß so tiefgreifende Veränderungen der Nordseeküste in absehbarer Zeit bevorstehen?“ erwidert Professor Driant lächelnd: „So schlimm wird es ja nicht gleich werden. Es ist richtig und wissenschaftlich erwiesen, daß die norddeutsche und die nordfranzösische Küste in langsamem Sinken begriffen sind. Aber das ist für den Laien kaum vorstellbar, wie gering eine solche Bewegung ist.“

Sie beträgt etwa einen Zentimeter im Jahr.

Die Tatsache des Sinkens der Küsten stimmt also mit dieser Tatsache, daß wohl auch die etwas kühnen Prophezeiungen entstanden. Für uns jedenfalls werden irgendwelche sichtbaren Erscheinungen des Sinkens der nordischen Küsten nicht in Frage kommen. „Glauben Sie, Herr Professor, daß zwischen der Zuschüttung der Zuider-See und den jetzt aufgetretenen Beben irgendein Zusammenhang besteht?“

„Das ist bestimmt nicht der Fall. Zunächst muß man sich vergegenwärtigen, daß das aufgetretene Erdbeben flächenmäßig einen sehr erheblichen Umfang hat und sich von der Nordküste bis fast in die Schweiz erstreckte. Der Herd solcher weit ausge-

lich gemacht wurde. Sie lehnte die Unterstützung der angeführten Resolution ab — sicherlich mit Rücksicht auf die Teilnahme des Arbeiter-Sonnritter-Bundes am „Luftschutz!“

Die revolutionäre Arbeiterschaft ist verpflichtet, den hier enthaltenden Einschütlungs-tendenzen und der Propaganda der Luftschutzeinheit mit allen Kräften entgegenzutreten. Nicht Gasmaske und Asbestanzug sind Schutzmittel gegen den Gaskrieg, nicht Kriege beseitigen die Wirtschaftskrisen; die Lösung heißt allein: Befreiung der Arbeiterklasse!

ten Erdbeben muß außerordentlich tief liegen — mindestens in einer Tiefe von 30 bis 40 Kilometern nach dem Erdinnern zu. Die Zuschüttung der Zuider-See könnte aber selbstverständlich nur ganz oberflächliche Wirkungen erzielen und niemals die Ursache eines so ausgedehnten und in seinem Ursprung so tief liegenden Bebens sein. Im übrigen wissen wir seit langer Zeit, daß jenes Gebiet gewissermaßen aus dem Gleichgewicht geraten ist. Es finden dort seit Jahrzehnten Schollenverwerfungen statt, tektonische Veränderungen, die immer wieder solche Beben zur Folge haben müssen. Das ganze Gebiet ist eben noch nicht zur Ruhe gekommen und wird voraussichtlich auch in den nächsten Jahren noch nicht zur Ruhe kommen.“

„Sie glauben aber doch, daß von der Zuschüttung der Zuider-See gewisse Folgen für die umliegenden Gebiete sich ergeben werden?“

„Selbstverständlich wird ein so großartiges Werk wie die Zuschüttung der Zuider-See gewisse lokale Nebenerscheinungen — vor allem Veränderungen in den Grundwasser-verhältnissen mit sich bringen. Aber das werden eben lokal ganz eng begrenzte Erscheinungen sein, die bei der gegebenen Tiefenwirkung sich höchstens auf einen um von 40 bis 50 Kilometer im Umkreis erstrecken können. Man muß sich ja zunächst klar machen, daß schon infolge der Ebbe und Flut die Küsten sich in ständiger Auf- und Niederbewegung befinden. Selbstverständlich verursacht ein so gewaltiger Wechsel im Wasserdruck wie er mit den Gezeiten verbunden ist, eine Auf- und Abwärtsbewegung der bald überfluteten, bald von der Wasser-menge befreiten Küstenstriche. An sich also sind diese Küstenstreifen immer in einer gewissen Bewegung, die um so stärker ist je höher die Hubhöhe der Gezeiten ist. Nun ist aber gerade in diesen Gebieten die Hebung und Senkung bei den Gezeiten nicht übermäßig hoch. Sie beträgt zum Beispiel an der holländischen Küste bei Enkhuizen etwa 3 m. Das ist verhältnismäßig wenig. Wenn man nun also durch die Trockenlegung der Zuider-See diese Hebung und Senkung ausschaltet, so muß das eher zu einer Beruhigung des Bodens führen. Damit ist nicht gesagt, daß nicht durch die Veränderung der Grundwasser-verhältnisse sich doch noch rein lokale Verschiebungen an der Erdoberfläche ereignen, aber eine Ausdehnung wie das beobachtete Beben können sie niemals annehmen.“

Verstümmelt Proletenschicksal

Ich will Euch erzählen, was hinter mir liegt, und ihr sollt ein wenig darüber nachdenken. Ich rede zu denen, die heute noch an den Maschinen stehen, zu den Proleten spreche ich.

Still steht sie da, die Maschine, die Kreissäge, still und kalt mit der blanken Eisenplatte und wartet, wartet...

Ich schalte ein, ein hohes zischendes Pfeifen gibt die Säge von sich, rasend schnell dreht sie sich um ihre Achse und pfeift zischend und wartet, und beim Zerschneiden des Holzes gibt sie ein gequältes Schreien von sich, stöhnend frist sie das Holz, das ich ihr entgegenschleibe, sie kann nicht anders, sie muß sich drehen und alles zerschneiden, was ihr entgegenkommt.

Ich schiebe ihr einen Streifen Holz nach dem anderen entgegen, und sie muß schneiden und schreien, und wenn sie leer läuft, so pfeift sie ein hohes zischendes Pfeifen...

Ich greife nach einem neuen Stück Holz und schiebe es an der Leere entlang, sie schneidet und schreit dabei...

Ein Splitter löst sich von dem Holze, wird von der Säge angezogen, zieht die Hand hinterher, ein neues eigenartiges Geräusch, sie schneidet... Menschenknochen... im Bruchteil einer Sekunde ist alles passiert, alles vorbei.

Die Säge läuft leer und pfeift ihr hohes zischendes Pfeifen, als wäre nichts geschehen...

Aber meine Finger liegen auf der Eisenplatte, und von der verstümmelten Hand rinnt das Blut, warm und rot...

Ich beschaue meine verstümmelte Hand, aus den durchschnittenen Fingerknochen quillt das Mark grauweiß. Auf der Erde sammelt sich eine Blutlache... klack... klack... tropft das Blut.

Ich stehe und betrachte meine Hand, und höre das zischende Pfeifen der leerlaufenden Säge...

Niemand von der Belegschaft hat etwas bemerkt, jeder ist in seine Arbeit vertieft.

Ein sonderbares Gefühl kommt plötzlich in meine Hand... Schmerz... rasender Schmerz...

Ich fange an zu begreifen:

„Verstümmelt!“ brülle ich vor Schmerz und Zorn, „Verstümmelt!“... Und ich stehe und betrachte meine verstümmelte Hand und stimme von Neuem ein Wutgebrüll an: „Verstümmelt!“... „Verstümmelt!“... Ein Kollege kommt mit Verbandstoff, ich brülle ihn an: „Weg!“...; man hält mich fest und legt mir einen Flausch Verbandstoff über die Hand.

„Schnell zur Charité“, rufe ich, „schnell!“... Zwei Kollegen bringen mich in einem Auto zur Unfallstation, „Verstümmelt... Verstümmelt... ich will zur Charité, schnell... schnell!“

Ein Notverband auf der Unfallstation, und dann wieder rein ins Auto, „zur Ziegelstraße, Universitätsklinik“, ruft der Heilgehülfe dem Chauffeur zu.

Rasch in den Operationssaal... Zimmer 8, rauf auf den Tisch und erst mal eine Spritze gegen die Schmerzen, die Kanüle platzt und die Einspritzung ist umsonst...

Zu meinen Füßen sitzt ein Kellner, man hat ihn mit einem Stuhl über den Kopf geschlagen... „Schädelbruch“, sagt der Arzt, „er wird genäht.“

Ein Operationsgehülfe nennt mir die Namen der Aerzte, um mich abzulenken...

Ich frage ihn, ob man den Chefarzt duzen darf...

Aber der versteht keinen Spaß. Die Aerzte waschen sich die Hände... Dann schnallt man mich fest... und ich liege gefesselt auf dem Operationstisch.

Ein Assistent setzt mir die Maske auf... Kloroform...

„Zählen Sie“, sagt der Assistent zu mir. Eins... zwei... drei... vier... fünf... sechs... sieben... denke ich; aber ich kann

nicht atmen. Ich sage: „Ich werde tief atmen und dabei zählen.“

Es geht mir durch den Kopf: Drei tiefe Atemzüge... Und ein funtstrahliger Stern steht am Horizont...

Ich will drei tiefe Atemzüge machen und dabei bis fünf zählen...

Zum Assistenten sage ich: „Ich werde atmen, dann geht es schneller.“

Ein tiefer Atemzug.

Eins... zwei... noch einer drei... viiiiiiiir.

Süßliche Luft, denke ich... und an Gott. Alles wird weit und grob, Sterne platzen am Horizont...

Ich fühle, bis sechs darf ich nicht zählen, sonst erwache ich nicht wieder...

Der Assistent schlägt meine Wangen... „Genug!“ „Genug!“ Er schlägt stärker und hebt die Augenlider hoch und ist mit etwas nicht einverstanden, und ich weiß, was es ist; sonst niemand: „Drei Atemzüge wollte ich machen und bis fünf zählen“...

Also noch ein Atemzug, lang und tief... ein Klingeln und hohes Singen hebt an, hohe Töne, kristallklar, und alles wird weit und endlos... der Assistent schlägt mein Gesicht und rüttelt mich... aber das geht mich nichts an... Ich atme und zähle iiiiiiiiiii, ein endloser Glockenton von wundervoller Schönheit, er klingt lange nach; dann hört alles auf; Zeit und Raum sind nicht mehr, ich schwebe irgendwo im Unendlichen und möchte nie wieder zurück, ich möchte mit meinem leidenden Körper nichts mehr zu tun haben...

Aber irgendwo, da ganz hinten, ist etwas, was mich mahnt... noch nicht... ich stehe an der Grenze und darf noch nicht hinüber... ich fühle es deutlich, also nicht mehr atmen, ich muß wieder zurück in meinen Körper.

Dies ist mein letzter Gedanke, dann ist alles fort...

Das Leben verlangt sein Recht, ich habe noch einige Schulden abzuzinsen hier unten.

Das Bewußtsein kehrt zurück... momentweise... ein kleiner Lichtblick. Der Schmerz ruft es zurück, ich beginne zu erwachen; weiß, daß ich in der Charité liege, in einem Krankenbett...

Und falle immer wieder zurück ins Bewußtlose...

Die Wärter halten mich, daß ich nichts zerschlage... die Narkose wirkt noch lange nach.

Ich mache vergebens Anstrengung, mich zu erheben, und stammele unzusammenhängende Sätze... man umsteht mein Bett... und... Licht... Lacht über meine Worte und über meine verzweifelten Anstrengungen, mich zu erheben...

Und dies Lachen tut mir weh, es schmerzt mehr als meine verstümmelte Hand. Ich will ganz wach sein, ganz wach: „Ich will“.

Und die Besinnung kehrt zurück zur vollen Klarheit...

Ich überschauere alles noch einmal, sehe die Säge... höre ihr Pfeifen und sehe meine Finger auf der Eisenplatte, meine verstümmelte Hand...

Das Blut... das Mark in den Knochen...

Dann die Operation... das Lachen der Patienten... alles ist scharf eingegraben in mein Bewußtsein.

Und ich denke an meine verstümmelte Hand...

Ein Patient sitzt an meinem Bett, streichelt mir den Kopf und redet mir gut zu, das tut mir gut.

Aber die Schmerzen... Die verstümmelte Hand... die Maschinen, stöhne ich, die verfluchten Maschinen... Ruhe... Ruhe...

Ich weiß, es nützt alles nichts, ich bin verstümmelt und werde es bleiben. Ruhe ist das Beste für mich, das weiß ich wohl. Die Schwester kommt und mißt meine Temperatur: 38,4, was haben Sie denn?... „Finger weg“, sage ich... Na, es ist ja nur die linke Hand...

Dreißig Mann liegen auf unserem Saal, meistens Unfälle... Maschinen... knochenfressende Maschinen...

Ich will ruhig sein und still, schlafen will ich und alles vergessen... und kann es nicht, rasender Schmerz bohrt in meiner Hand und hält mich wach; ich weiß, ich bin verstümmelt. Und morgen bist du es, Maschinenklave; jeden Tag ist ein anderer dran; solange es Maschinen gibt, wird es verstümmelte Menschen geben.

Meine Maschine bedient jetzt ein anderer, als wäre nichts passiert, das Blut ist abgewaschen von der Eisenplatte.

Neue Filme von Eisenstein

Der bekannte sowjetrussische Regisseur Eisenstein arbeitet gegenwärtig an einer großen Tonfilm-Komödie. Für die Aufnahme dieses Films wurden besondere Ateliers aufgebaut, die mit allen Errungenschaften der modernen Tonfilmaufnahme-Technik versehen sind.

Zugleich wird von Eisenstein die Herstellung des Films „Schwarzer Konsul“ vorbereitet, der zur Zeit der französischen Revolution spielt.

Der mutige Marquis

Die Weltkrise hat nun auch die französischen Champagner-Fabrikanten gepackt. Der Umsatz an Champagner ist immer mehr zurückgegangen. Gegen diese Erscheinung haben die Champagner-Fabrikanten in Frankreich einen großen Feldzug, in Gestalt einer Champagnerwoche begonnen. Die französischen Champagner-Fabrikanten haben eine neue „nationale Pflicht“ zu den zahlreich schon vorhandenen hinzugefunden, nämlich, soviel Champagner wie nur möglich zu trinken. Es wird der französischen Bevölkerung, insbesondere den Arbeitslosen, eindringlich klar gemacht, daß sie verpflichtet sind, als gute Franzosen vier Fünftel des französischen Champagners unter allen Umständen zu verbrauchen da nur noch ein Fünftel ins Ausland gebracht wird. An die Spitze dieser ebenso „nationalen“ wie für die Champagner-Fabrikanten „nützlichen“ Aktion hat sich mutig der Marquis von Polignac gestellt.

Fort mit den Weihnachts-Illusionen!

Schon fünfhundert Jahre war unsere Zeitrechnung in Gültigkeit, als die Kirche sich entschloß, die märchenhafte Geburt des Jesus von Nazareth auf den 25. Dezember festzusetzen. Das hatte gute Gründe, denn an diesem Tage feierten die meisten Völker des großen römischen Reiches den Tag der Geburt des unbesiegbaren Sonnengottes.

Das Naturereignis des Umschlages der warmen in die kalte Jahreszeit, das Aufhören der Feldarbeit, der Beginn einer Ruhezeit für den Bauern waren seit altersher dazu angelegt, den Sinn der Menschen auf das vermeintliche Wirken überirdischer Mächte, auf das Treiben der Dämonen und Geister zu lenken. Die bösen Geister mußten vom Vieh und vom Acker ferngehalten werden, die Geister der Flüsse und Bäche daran gehindert werden, ihr Bett zu verlassen.

Diese alten Bräuche und Glaubenssätze hat sich die christliche Religion zunutze gemacht, indem sie ihre Anschauungen in Verbindung mit dem in langen Jahrhunderten Gewordenen brachte. Während für die breiten Massen des Volkes das Weihnachtsfest blieb, was es einst gewesen war, die Wintersonnenwende, die Beschwörung der bösen Geister, gab die Kirche vor, Weihnachten sei das Fest der Liebe, erhob sich zum Wahlspruch dieses Tages das Wort „Frieden auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“.

Der mystische Glaube an die besondere Bedeutung des Tages der Wintersonnenwende hat es mit sich gebracht, daß die Menschen sich an diesem Tage beschenken, weil so der materielle Reichtum der Beschenkten vergrößert wurde und das eine gute Vorbedeutung für das kommende Jahr mit sich brachte. So steht auch heute in der Vorstellungswelt der christlichen Religion das Schenken und Beschenktwerden am Weihnachtstage im Mittelpunkt. Aber darüber hinaus gewann das Weihnachtsfest im Rahmen der gesellschaftlichen Entwicklung vielerorts eine ganz besondere Bedeutung. An diesem Tage nämlich, da wurde den Knechten erlaubt, sich als Herren zu fühlen. Einmal im Jahre sollte den Unfreien die Möglichkeit ge-

Die Bürger wollen mit Brosamen die hungernden Mäuler stopfen, die Kirchen den Proletariern Frieden predigen und sie auf das Jenseits vertreiben. Aber so wenig wie die bürgerlichen Börsenjobber am Fest des „Friedens“ und am Neujahrstage dieses Jahres auf die Börsentagung verzichten, so wenig ändert sich an dem Tatbestand der Ausbeutung in den Tagen des Weihnachtsfestes. Die klassenbewußten Proletarier erwarten nicht Erlösung aus der Not und dem Elend der Gegenwart durch den sagenhaften Erlösstod irgendeiner Gottheit. Nicht im Jenseits, sondern im Dies-

seits, nicht durch die Gnade eines Gottes, sondern allein durch die organisierte Kraft der Klasse kann das Proletariat erlöst werden. Weihnachten mag für die Satten, für die Herrschenden ein Fest des Friedens, ein Fest der Freude sein. Für die Proletarier, für die enteigneten, verarmten Kleinbürger und Bauern kann es an diesem Tage nur eins geben: die Erkenntnis ihrer Entrechtung und Knechtung, die Notwendigkeit zum rücksichtslosen Kampf, Klasse gegen Klasse. Fort mit den Weihnachtsillusionen, der Klassenkampf geht weiter!

Wissenschaft und ihre Lehre sind vogelfrei

Trotzki, Cohn und der Breslauer Senat

Vor einigen Tagen hat ein Berliner Monatsblatt eine ebenso unzweckmäßige wie geschmacklose Umfrage bei „Prominenten“ zur Durchführung gebracht, ob eine Einreise Trotzki's nach Deutschland angebracht erscheine. Unter vielen anderen hat Professor Cohn von der Breslauer Universität diese Umfrage beantwortet. Er schrieb:

„Die Frage gehört zu den sehr zahlreichen Fragen, die kein sachlich Denkender ohne sorgfältigste Prüfung einer Reihe von Umständen zu beantworten vermag. Insbesondere dürfte es von Wichtigkeit erscheinen, zu wissen, welche Erfahrungen die Länder, in denen sich Trotzki bisher aufhielt, mit ihm und seiner Tätigkeit gemacht haben. Ein geistiger Arbeiter wird sich schuldig fühlen, wenn er an Agitatoren und Nurlpolitikern haben wir wahrhaftig keinen Mangel.“

Obwohl aus dieser Antwort des Professor Cohn eindeutig hervorgeht, daß er weder für noch gegen Trotzki Stellung nimmt, obwohl deutlich wird, daß Cohn nichts, aber auch gar nichts mit der Arbeiterbewegung in Deutschland zu tun hat, hatte daraufhin die Breslauer „Schlesische Zeitung“ in Anbetracht der infamen Trotzki-Hezbe behauptet, daß Professor Cohn „seine Flagge gezeigt“ habe und daß ihre Farbe „allerdings zur Beruhigung wenig beitragen dürfte“. Dieser Wink der „Schlesischen Zeitung“ hat genügt, um Rektor und Senat der Breslauer Universität zu folgender, geradezu unerhörter Stellungnahme zu veranlassen:

„Rektor und Senat halten es für ihre wichtigste Pflicht, die akademische Lehrfreiheit unbedingt zu schützen. Deshalb sind sie mit aller Entschiedenheit für die unbedingte Lehrtätigkeit des Herrn Professor Cohn eingetreten. Es wäre eine selbstverständliche Pflicht des Herrn Professor Cohn gewesen, unter den besonderen Verhältnissen unserer Universität alles zu vermeiden, was zu einer weiteren Verschärfung der Lage führen könnte. Leider hat Herr Professor Cohn neuerdings diese pflichtgemäße Zurückhaltung durch

unnützes Hervortreten in einer umstrittenen politischen Frage vermissen lassen. Deshalb halten Rektor und Senat eine weitere Lehrtätigkeit des Herrn Professor Cohn an unserer schlesischen Universität im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung und eines ungestörten Lehrbetriebes für nicht fragbar.“

Rektor und Senat haben sich damit die hallose, vollkommen unsinnige Argumentation der „Schlesischen Zeitung“ zu eigen gemacht. Sie erklären zwar, daß sie das Hervortreten Cohn's in einer umstrittenen politischen Frage mißbilligen müßten. Aber der Grundton dieser Senatsklärung ist: die Herren wollen den vermeintlichen Marxist Cohn nicht decken, sie wollen den Forderungen der faschistischen Studentenschaft und der faschistischen Presse kampflös nachgeben.

Professor Cohn ist nicht unser Gesinnungsgenosse, er hat so wenig mit uns oder irgend einer anderen Arbeiterpartei zu tun, daß es schon einer ausgesprochenen Annäherung gleichkommt, ihn nur im Entferntesten mit marxistischen Kreisen in Beziehung zu setzen. Aber die Erklärung des Senats der Breslauer Universität macht es stillschweigend zur Selbstverständlichkeit, daß Sozialisten nicht als Lehrer an deutschen Hochschulen erwünscht sind. Dagegen muß schärfster Protest erhoben werden. Es muß abergerückt werden von der Abschneidung der Lehrfreiheit auf Grund wölblicher Erwägungen.

Die schlatternde Angst des Rektors, auf den erst neuerdings von faschistischer Seite ein Attentat versucht worden ist, und der übrigen Herren erscheint uns verständlich über nie und nimmer dürfte die Feigheit dieser Leute zu einem offenen Nachgeben den faschistischen Kreisen gegenüber führen. Rektor und Senat der schlesischen Friedrich-Wilhelm-Universität haben sich durch ihre Erklärung in eine Front mit den übelsten Faschisten begeben, sie haben damit die verfassungsmäßig garantierte Lehrfreiheit illusorisch gemacht. Die Geschichte des Jahres 1932 ist um einen Schuldbürgerstreich reicher.

„Heil Heimat“

Aus der Praxis des Freiwilligen Arbeitsdienstes

Triumphierend meldet die Regierungs-

Presse: „Der Gedanke des Freiwilligen Arbeitsdienstes breitet sich aus, die Jugend strömt in Scharen zu den Arbeitsdienstlagern, bereits über 250.000 Jugendliche sind vom FAD erfaßt, ein Zeichen wie segensreich der Arbeitsdienst für die Jugend ist.“

Wir haben schon oft in der „SAZ“ darauf hingewiesen, welche Gefahren der FAD für die Arbeiterklasse birgt; heute wollen wir nur feststellen, welche Wirkungen der Arbeitsdienst auf die Jugendlichen tätigt. Die Meldung zum FAD erfolgt bekanntlich „freiwillig“. Tut der Jugendliche das, weil ihn der Gedanke des FAD so begeistert, weil er darin ein Ideal seiner Jugend sucht, weil diese Art Arbeit und das Leben in Kasernen ihm Befriedigung schafft? O nein! Die Gründe sind ganz anderer Art.

Unter Tolerierung der SPD hatte Brüning den Jugendlichen die Unterstützung geraubt. Millionen Jugendlicher sahen sich ohne jeden Pfennig Geld. Sie stammen meist aus Familien, in denen der Vater schon seit Jahren erwerbslos ist, eine große Familie zu ernähren hat, und nicht weiß, wo er das Geld zum Essen hernehmen soll. Ihnen sind diese Jugendlichen, die in ihren Entwicklungsjahren mehr Nahrung benötigen, eine Last. Das bekommt der Jugendliche dann auch meistens zu spüren: der Vater, von Hunger und Arbeitslosigkeit zermürbt, sieht in dem Sohn nur einen unnützen Esser, er macht ihm Vorwürfe, er schilt ja er schlägt ihn. Und für den Jungarbeiter, der dies alles schuldlos erleben muß, der um jeden Pfennig bei seinem Vater, der selbst nichts hat, betteln muß, macht der Kapitalismus das sogenannte „traute Heim“ zur Hölle. Für sie alle wird das elterliche Heim zur Qual sie suchen ihm zu entfliehen. Im Sommer geht es hinaus auf die Landstraße, denn besser dort draußen herumzuziehen, als zu Hause zu bleiben. Aber

wohin im Winter? Wohin? Da bleibt nur eins, der Freiwillige Arbeitsdienst, zu dem auch meist die Väter ihre Söhne zwingen. Und so kommt der Jugendliche „freiwillig“ zum FAD.

Wie es dort zugeht? Wir wollen heute den Bericht eines Jugendlichen bringen, der keinen Einzelfall darstellt, sondern für die ganze Art der Handhabung des FAD charakteristisch ist.

„Unser Lager, das vom „Volksbund für Arbeitsdienst“ unterhalten wird, befindet sich im Kohlhäus an der Oder. Unsere Aufgabe ist die Regulierung der Oder, eine Arbeit, die sonst immer etatsmäßig zu Tariflöhnen ausgeführt wurde. Dieses Jahr wurde der Posten „aus Geldmangel“ aus dem Etat gestrichen und die Arbeit wird jetzt im Freiwilligen Arbeitsdienst, das heißt, zu weit niedrigeren Löhnen, durchgeführt. Das Lager ist für etwa 180 Mann bestimmt, diese Zahl ist aber nie erreicht worden, es kamen höchstens 120 Mann zusammen, da durchschnittlich jeden Tag zwei bis drei Mann wieder türnten.“

Die Lugerleiter, „Kameradschaftsführer“ genannt, sind selbstverständlich Nazis, daher werden auch Nazis bevorzugt. Arbeiterabzeichen zu tragen ist verboten, aber Hakenkreuze sind erlaubt.

Wir tragen alle alte amerikanische Militäruniformen, unser Gruß ist:

„Heil Heimat!“ wobei wir die rechte Hand mit ausgestreckten Schwurlingern heben müssen.

Unsere Arbeit ist genau eingeteilt: Um 5 Uhr wird aufgestanden, gefrühstückt und geschlossen zum Arbeitsplatz marschiert; von 6 bis 13,30 Uhr wird, mit kurzer Frühstückspause, durchgearbeitet. Von 14 bis 15 Uhr gibt es Mittag, dann heißt es exerzieren. Wir müssen marschieren, Dauerlauf machen, uns in den Dreck schmeißen und Geländearbeiten gegen „den Feind“ machen, dabei heißt es immer: „Nehmen wir an (allerdings nur eine

Annahme!) die Polen kämen, da muß doch die Oder geschützt werden usw. Also Einsatz für Militärdienst.

Der Kommandant ist derselbe, wie er früher im Kasernenhof üblich war, mit denselben Schweinereien und gemeinen Witzern.

Wenn wir dann total kaputt sind, haben wir bis 8 Uhr Freizeit, d. h. wir müssen wieder unsere Sachen sauber machen und reparieren. Dann gibt es Abendbrot, und von 7 bis 8 Uhr zur „geistigen Ausbildung“ einen Vortrag des Pastors oder Kantors über so interessante Themen wie „Die Entstehung der Welt“ (nach der Bibel natürlich), „Nationale Bilder aus der deutschen Geschichte“, „Deutsche Heldensagen“ usw. Zum Glück sind wir immer so müde, daß die meisten gleich einschlafen und sich den Quatsch erst gar nicht anhören. Von 8,30 bis 10 Uhr gibt es „Ausgang“; das nächste Dorf ist aber eine Stunde entfernt, so daß wir faktisch eingesperrt sind.

Das Essen war im Anfang gut. Anscheinend, um uns den Arbeitsdienst im Anfang erträglich zu machen. Aber mit der Zeit wurde es immer schlechter.

Jetzt ist es nicht mehr zu genießen, zum Satt werden reicht es erst recht nicht.

Ein Koch ist schon wieder weggegangen, weil er es nicht verantworten konnte, uns ein solches Essen, wie es von oben verlangt wurde, vorzusetzen. Im Herbst konnten wir wenigstens noch Obst klauen, das wir im Lager nie bekommen haben; jetzt müssen wir uns ein paar Schnitten von den tarifmäßig bezahlten Vorarbeitern zusammenbetiteln. Freude herrscht nur, wenn einmal ab und zu eine Kommission zur Besichtigung des Lagers kommt. Da die Leute meist auch von den Speisen kosten gibt es an diesem Tage ausnahmsweise anständiges Essen. Beschwerden dürfen natürlich an die Kommission nicht abgegeben werden, sondern müssen über den „Kameradschaftsführer“ gehen, der im übrigen seine besondere Küche führt.

Diese Zustände bringen es mit sich, daß es fast täglich zu Meutereien kommt, die meist mit der Nachlieferung einiger Schnitten enden.

Manchmal laut auch im Anschluß daran gleich ein großer Trupp ab, einmal 28 Mann und einmal sogar — ich bin auch dabei — 43 Mann, d. h. über ein Drittel des ganzen Lagers.

Das steht aber nie in der Zeitung. Als wir weg wollten, versuchte man, uns mit allen möglichen Drohungen die Entlassungspapiere zu verweigern, mußte sie uns aber schließlich, als wir auch unsererseits eine drohende Haltung einnahmen, doch aushändigen.

So habe ich dieses Lager verlassen, um mich wahrscheinlich nächste Woche bei einem anderen Lager wieder melden zu müssen, da ich einfach nicht zu Hause bleiben kann.

Dieser Bericht zeigt zur Genüge, was für ein „Paradies“ ein Arbeitsdienstlager ist. Um sich dagegen zu wehren, kann man sich aber nicht, wie die Gewerkschaftsführer es wollen, einfach „einschalten“ um es „besser zu machen“, denn der kapitalistische Staat hat in gerade ein Interesse daran, daß die Jugend sich rechtzeitig daran gewöhnt, geschunden zu werden und zu hungern. Es heißt eindeutig und klar den Kampf gegen jede Art Arbeitsdienst aufzunehmen! Hier liegt die große Aufgabe des SJV, den vom Freiwilligen Arbeitsdienst enttäuschten und verbitterten Jungarbeitern die Klassenbedingtheit des Arbeitsdienstes zu zeigen und sie für außerparlamentarische Kämpfe zu mobilisieren, für Forderungen, die in ihrem Tagesinteresse liegen. Die Grundlagen dafür bietet das Arbeitsbeschaffungsprogramm der SAP. Kale.

Das Ermittlungsverfahren eingestellt

In Sachen: Unregelmäßigkeiten bei der Siedlungsgesellschaft Breslau AG

Die Justizpressestelle teilt mit:

„Das Ermittlungsverfahren wegen der Vorgänge bei der Siedlungsgesellschaft ist von der Staatsanwaltschaft eingestellt worden. Die Prüfung des Kontos, auf dem die verlorenen Baukostenzuschüsse geführt wurden, hat ergeben, daß Beträge von zusammen rund 67.000 RM nicht gebucht worden sind. Angesichts der Mängel in der Geschäftsführung der Siedlungsgesellschaft besteht die Möglichkeit, daß mindestens ein Teil dieser Beträge dadurch verloren gegangen ist, daß Mietern, die nur einen Teil ihrer Miete gezahlt hatten, versehentlich die Zahlung der vollen Miete quittiert wurde und daß demgemäß diese Beträge in den Büchern fälschlich als Mietentnahmen erschienen. Eine strafbare Handlung läßt sich danach nicht nachweisen. Bei vier Quittungen hat sich ergeben, daß die Unterschrift des Zahlungsempfängers gefälscht worden ist. Zwei dieser Fälle haben sich nicht weiter aufklären lassen. Wegen der beiden anderen Fälle kann Anklage jedoch nicht erhoben werden, weil die als Täter verdächtige Person inzwischen verstorben ist. Für eine Beteiligung weiterer Personen besteht kein zur Erhebung einer Anklage hinreichender Tatverdacht.“

Warum nennt man in diesem Bericht keinen Namen? Eine Rücksicht, die nicht angebracht ist (ganz abgesehen davon, daß man sie gegen Proleten nicht anwenden würde), denn fast jedes Kind in Breslau kennt die Zusammenhänge und die in diese Skandalaffäre verwickelten Personen.

Das Parteibüro bleibt am Dienstag, den 27. Dezember, geschlossen

werden, zu glauben, sie seien frei, damit sie zwölf Monate hindurch desto fügbarer und geduldiger die Knechtschaft ertragen...

Für die Welt des Bürgertums ist das Weihnachtsfest durchaus nicht nur eine Angelegenheit des Glaubens und der Kirche, für alle Großbourgeoisie wie ganz besonders für das gewerbtreibende Kleinbürgertum, ist am Weihnachtstage zu den alten Hoffnungen eine neue gekommen,

nämlich, das beste Geschäft des Jahres zu machen.

Einmal im Jahre beschenken sich die Menschen, einmal im Jahre hoffen die, die die Geschenke feilhalten, sie verkaufen zu können. In diesem Jahre der Not und des Elends von Millionen und aber Millionen Menschen gehen die Hoffnungen der Geschäftsleute auf Profit, die sie vernachlässigen, lachende, tannengeschmückte Plakate und Schaufensterdekorationen herzustellen, den Straßen der Städte ihr „weihnachtliches“ Bild zu geben. Zu den Ladengeschäften aber kommt eine besondere Gruppe von Geschäftsmachern, die kleinen Händler, in den Tagen des Weihnachtsfestes hinzu. Sie schlagen ihre Stände an den belebten Straßekreuzungen, an Plätzen und Anlagen auf; groß ist die Zahl der Schau-lustigen, die sie umringt, doch gering ist der Gewinn eines Tages, der oft kaum zur Bezahlung der hohen Standmieten ausreicht. „Lametta 10 Pack 20 Pfg.“, die laufende Maus“, „Klettermaxe auf der Flucht, weil die Polizei ihn sucht“; mit hohen überschrienen Stimmchen stehen in den Tagen vor dem „Feste der Kinder“ Proletarierkinder an den Straßen, gehetzt von der Polizei, denn sie haben keinen Gewerbeschein, versuchen sie einige Pfennige aus der Festesfreude der anderen, den Herrschenden herauszuschlagen.

An sieben Pack Lametta verdient ein solcher kleiner Verkäufer zwei ganze Pfennige.

Während die Kinder der Bürger neugierig auf die Stunde der Einbescherung warten, stehen die Kinder des Proletariats illusionslos auf den winterlichen Straßen.

In diesen Tagen um Weihnachten, da beginnen sich alle die bürgerlichen Organisationen und Vereinen darauf zu besinnen, daß es neben ihnen auch noch Menschen gibt, daß es neben allen Satten auch Hungernde gibt. Die bürgerliche Wohltätigkeit pflegt in den Weihnachtstagen wahre Orgien, zu feiern. Die durch Krise und Wintersonne auf höchste gestiegene Spannung im Kessel der Gesellschaft soll durch das Ventil der Wohltätigkeit herabgesetzt werden. Aber acht Millionen Arbeitslose, dieses gewaltige Heer der Not und des Zornes, können durch die Brocken von der Reichen Tisch nicht aus der Welt geschafft, nicht einmal beruhigt werden. Gerade in diesen Tagen ist es in vielen Orten Deutschlands zu großen Hungerdemonstrationen Erwerbsloser gekommen, ist die Zahl der Brot und Arbeit Fordernden weiter gewachsen.

Sind Erwerbslose Sklaven?

Ein Wohlfahrtspfleger aus dem Bezirk Kreuzberg schreibt uns:

Die Sparmaßnahmen des Berliner Magistrats führen immer mehr zu einer völligen Versenkung der Erwerbslosen und Unterstützungsempfänger.

Besonders bei Untermietern und Untermietern wird hier geschneitell, ob sie vielleicht in irgendeiner Beziehung zum Wohnungsinhaber oder zur Wohnungsinhaberin stehen.

Eine Erwerbslose wohnt seit einer Reihe von Monaten bei einem Ehepaar und bezieht 9 Mark Wochenunterstützung und Mietszuschuß.

3,90 Mark pro Woche und keine Mietsbeihilfe mehr.

Sie muß also 20 Mark Miete aus eigener Tasche aufbringen, das heißt schuldig bleiben. Der Wohnungsinhaber ist selber erwerbslos.

Auf Beschwerden hin wird erklärt: Es steht der Erwerbslosen ja frei, zu ziehen, dann bekommt sie den alten Satz.

Vom KPD-Sportsumpf

Wie die Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit den Arbeitersport zerschlägt, dafür ist Moabit ein treffendes Beispiel.

In Moabit herrscht bei „Fichte“ Franz Kirsch, einst Vorsitzender dieses Zentralvereins, nennt man ihn jetzt „den Totenraber“.

Wer seine Diktatur nicht anerkennt, wird ausgeschlossen

im Interesse der roten Sporteinheit. Auf diese Weise existiert seit kurzem in Moabit ein „Freies Arbeitersportkartell“.

Unsere Genossen müssen den Vorgängen im Sport mehr Aufmerksamkeit schenken und die Opposition im roten wie im bundestreuen Sport sammeln und den wirklich revolutionären Weg weisen.

Ein Weihnachtsgeschenk für die Hausagrariarier

Das Berliner Zentralwohnungsamt teilt mit, daß ab 1. Januar 1933 die Wohnungszwangswirtschaft aufgehoben wird und sämtliche Wohnungen, auch die Kleinstwohnungen, freihändig vermietet werden dürfen.

Diese Verordnung ist eine ungeheuerliche Liebesgabe des sozialdemokratisch geleiteten Zentralwohnungsamtes an die Hausagrariarier.

an eine der parasitärsten Schichten der Bevölkerung. Denn die große Zahl der leerstehenden Groß- und Neubauwohnungen darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß in Wirklichkeit nach wie vor Wohnungsnot besteht.

Die Bestimmung, daß Wohnungen unter 400 Mark Friedensmiete weiterhin den Bestimmungen des Mieterschutzes unterliegen, bedeutet nicht den geringsten Schutz.

ein großer Teil Zweizimmerwohnungen bereits außerhalb des Mieterschutzes.

Hier können die Hausagrarier mißliebige Mieter nach Herzenslust kündigen und hier können sie auch die Mieten noch hochtreiben, denn an solchen Wohnungen ist noch immer große Nachfrage.

Die Macht des parasitären Hausagrariertums wird auf diese Weise steigern und vor allem wird ihnen dieser gewaltige Erfolg im Kampf gegen die verhaßte — und so unzulängliche, Wohnungszwangswirtschaft den Appetit beim Essen bringen.

Die schrankenlose Freiheit der Hausagrariarierwillkür durchsetzen, wenn ihnen nicht Einhalt geboten wird.

Die bisherige Wohnungszwangswirtschaft hat mit ihrer Unzulänglichkeit und ihrem

Bürokratismus sich in weiten Bevölkerungsschichten unbeliebt gemacht. Beide Teile auch der weitaus größten Bevölkerung werden deshalb die freie Wohnungswirtschaft sogar mit einem Gefühl der Erleichterung begrüßen.

Aufgabe aller proletarischen Organisationen, vor allem auch der Mieterverbände, wäre es, alle Kräfte der proletarischen Organisationen zusammenzufassen, um durch den Druck einer gewaltigen und mit allen überparlamentarischen Kampfmitteln kampfenden Massenbewegung die Pläne des Hausagrariertums zerschanden zu machen.

Die Beschlagnahme allen freien Wohnraumes und aller überflüssigen Wohnungen zugunsten wohnungsloser und kinderreicher Familien

Das Verbot aller Exmissionen für Erwerbslose, Unterstützungsempfänger und aus wirtschaftlicher Not in Mietschulden gefallene Mieter, Niederschlagung der Mietschulden der Erwerbslosen und Unterstützungsempfänger.

Herabsetzung der Mieten unter den Stand der Friedensmiete auf Grund eines von den proletarischen Organisationen und Mieterverbänden festzusetzenden Planes, nachdem die Mieten in den einzelnen Häusern unter Mitwirkung der Mieterräte festzusetzen sind.

Restlose Erfassung des durch die Abwertung der Vorkriegshypotheken erzielten Gewinns ausschließlich zugunsten des Wohnungsneubaus und der Herabsetzung der Neubaumieten.

Verbot des privaten Wohnungsneubaus für Miethäuser, Durchführung eines großzügigen Neubauprogramms, zu dem die Mittel aus der Erfassung des durch die Abwertung der Vorkriegshypotheken erzielten Gewinns und Besitzleerraum und Notopfer für alle Einkommen über 8000 Mark jährlich und Vermögen über 50 000 Mark, aufzubringen sind.

Ein solches Programm kann allerdings nicht durch isolierte Einzelaktionen, sondern nur durch die Aktion der ganzen Arbeiterklasse erkämpft werden.

Nochmals Erwerbslosen-Kurse in Birkenwerder

Wir hatten schon einmal Veranlassung, die vom Gemeindevorstand in Birkenwerder aufgezogenen Kurse für Erwerbslose unter die Lupe zu nehmen. Unsere prinzipielle Kritik hat nun dem Leiter dieser Kurse so in den Harnisch gebracht, daß er an einem Abend der vorigen Woche mit wüsten Beschimpfungen unserer Genossen (Gemeindevorstand, Schurkerei usw.) vor seinen Hörern seinem Herzen Luft machte und einen Artikel im Nieder Barnimer Tageblatt (SPD-Zeitung) veranlaßte, der, um unsere Genossen herabzusetzen, nachweislich falsche Tatsachen behauptet.

Damit fallen seine Vorwürfe und Schimpfereien in sich zusammen. Veranlaßt sind sie wohl durch die dauernde Abnahme des Kursbesuchs, die eben dadurch veranlaßt wird, daß die proletarischen Hörer das nicht finden, was sie ihrer Klassenlage nach suchen müssen, den für sie gangbaren Weg aus ihrem Elend.

Was uns aber wichtiger erscheint als die Ausführungen dieses bürgerlichen Herren ist die Tatsache, daß eine SPD-Zeitung diese „unpolitische Kursarbeit“ als ein „selbstloses Bestreben“, „eine vorbildliche Tat“ hinstellt,

und daß sie mit Herrn Kitzmann eine Arbeitsgemeinschaft über die Grundfragen des Marxismus, über die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse unserer Zeit als einseitig politische Orientierung bezeichnet. Weiß das SPD-Organ nicht, daß es keine „unpolitische“ Einstellung in solchen Kursen gibt, und daß das Proletariat tausendmal erfahren hat: wer nicht für uns ist, ist wider uns.

Unsere Genossen erfüllen nur ihre selbstverständliche proletarische Pflicht, wenn sie sich an die Klassengenossen wenden und ihnen zeigen, wo ihr Platz im Klassenkampf ist. Ein sozialdemokratisches Blatt aber spricht sich selbst sein Urteil, wenn es Stellung nimmt für einen bürgerlichen Ideologen, der die Arbeiter von ihren Aufgaben ablenken will mit Erzählungen über Lagen, über Siedlungen usw. der einer Frage über die Wirtschaftslage ausweicht, und wenn es Kurse über die elementarsten, wichtigsten Fragen der Arbeiterschaft das „Aufziehen eines eigenen Ladens“ nennt.

Stundung der Hauszinssteuer für die Wohnungen bedürftiger Mieter

Infolge mehrmaliger Aenderung der Hauszinssteuerverordnung und der hierzu ergangenen Durchführungserlasse sowie der hohen Anzahl der Stundungsgesuche hat sich die Bearbeitung der Stundungsanträge sowohl bei den Wohlfahrtsämtern wie auch bei den Steuerkassen verzögert. Soweit über die Anträge entschieden ist, haben die Beteiligten (Vermieter und Mieter) bereits Bescheide erhalten.

Soweit über Anträge aus der Zeit vom Juli bis September noch nicht entschieden sein sollte, laufen die seit Juli gewährten stillschweigenden Stundungen bis zur Entscheidung über die Anträge durch die Steuerkasse, längstens jedoch bis Ende Dezember, weiter.

Aus verspäteten Entscheidungen über die Anträge können weder den Mietern noch den Vermietern Nachteile entstehen, denn es ist Vorsorge getroffen worden, daß Nachforderungen von Hauszinssteueranteilen, für die Anträge auf Stundung gestellt waren, vermieden werden.

Die vorstehende Regelung gilt bis Ende Dezember. Eine Ausdehnung dieser Übergangsregelung über diesen Termin hinaus ist nicht zu erwarten.

Rotes Jungvolk voran

Heute ist die Welt voll von Ungerechtigkeit und Not. Das Elend der Arbeitslosigkeit läßt nicht allzu viel Raum für die Erfüllung sonnigen Menschentums.

Wir wollen den unter diesen Verhältnissen aufwachsenden Menschen einen Haß, eine Stille schaffen, in der er sich wohlfühlt, all diese grauen Sorgen versteht und erkennen soll.

Wir wollen in unserer Organisation dem jungen Menschen die Hoffnung und den Glauben an die Zukunft geben.

In unseren Roten Jungvolkgruppen wollen wir eine Gemeinschaft schaffen, die uns fester und zukunftsreicher machen soll.

Wer will da nicht mithelfen, unseren Kindern ein Heim der Freude zu schaffen? Jeder Genosse hat die Pflicht mitzuhelfen. Jeder Genosse muß bemüht sein, daß die Jungen nicht gegenüber den Einwirkungen der bürgerlichen Erziehung sich selbst überlassen bleiben.

Wir alle wollen, daß die Kinder der Arbeiterklasse später einmal tüchtige Klassenkämpfer werden. Deshalb: Alle werben für das „Rote Jungvolk“. Sammelt Adressen von Kindern.

Sendet sie sofort an SJV Sekretariat Rotes Jungvolk, Magazinstraße 12a, ein.



SAP

Bezirk Berlin-Brandenburg

- Mittwoch, den 28. Dezember: Ortsgruppe Mitte: Mitgliederversammlung um 20 Uhr im Sekretariat. Ortsgruppe Kreuzberg: Mitgliederversammlung um 20 Uhr im Lokal Sportklaus, Schönleinstr. 6. Ortsgruppe Weißensee: Kursus über „materialistische Geschichtsauffassung“ Ref. Gen. Pienkowski. Ortsgruppe Wedding: 19:15 Uhr Funktionärs-Versammlung. Ortsgruppe Charlottenburg: Um 20 Uhr Gemeinschaftsabend (Wintersportabendfeier) bei Germar, Kaisers-Friedrich-Str. 13. Vorträge, künstlerische Darbietungen usw. Gäste willkommen. Donnerstag, den 29. Dezember: Ortsgruppe Wilmersdorf: Mitgliederversammlung um 20 Uhr bei Kulla, Lauenburger Str. 21. Freitag, den 30. Dezember: Ortsgruppe Prenzlauer Berg: Treffen zur Zeitungsagitation um 17 Uhr bei Gen. Mehle, Liniestr. 248. Alle Zehnerführer holen ab Mittwoch, den 28. Dezember, die Karten für den „Bunten Abend“ bei Gen. Hussock ab. Montag, den 2. Januar 1933: Um 19 Uhr: Sitzung der erweiterten Bezirksleitung im Rosenthaler Hof, Zimmer 2. Ortsgruppe Charlottenburg: Bildungskursus bei Reitschlag Danckelmannstr. 18. „Was ist Wert?“ (Fortsetzung)

SJV Bezirk Groß-Berlin

- Sekretariat Magazinstraße 12a. Mitteilungen der Bezirksleitung Achtung! Gewerkschaftstag am 15. Januar 1933 um 9 Uhr vormittags Vogels Festsale, Brückenstraße. Monatsprogramme für Januar müssen abgegeben werden. EBL-Sitzung um 1:20 Uhr im Sekretariat am 29. Dezember 1932. Rote Jungvolkarbeit! Die Adressen aller ehemaligen Helfer send an der Kinderarbeit interessierten Genossen müssen schnellstens dem Sekretariat gemeldet werden. Gruppenveranstaltungen Dienstag 20 Uhr: Paul Levi: Gleimstr. 35 Rückblick — Vorschau. Wörtherplatz: Christburger Str. 7, Heimabend. Mitte Süd: Magazinstr. 12a, Traubenabend. Tempelhof: Mariendorfer Dorfstr. 7, Heimabend. Schöneberg: Hauptstr. 15, Heimabend. Charlottenburg: Sportplatz Westend, Heimabend. Wilmersdorf: Wilhelmstraße 123, Heimabend. Reinickendorf: Rosenthaler Str. 15, Heimabend. Mittwoch 20 Uhr: Stralau: Dossenstr. 22, Kampfbiederabend. Lichtenberg: Dossenstr. 22, Heimabend. Friedrichshain: Lüttauerstr. 18, Heimabend. Frankfurter Allee: Lüttauerstr. 18, Spanische Revolution. Südring: Mantuffelstr. 6, Sonnenwende

Ein Taschenkalender ist notwendig,

denn nur Notizen für jeden Tag gewährleisten Mitgliedern und Funktionären aller proletarischen Organisationen eine regelmäßige Teilnahme an allen Veranstaltungen.

Ein Taschenkalender ist unentbehrlich,

wenn er außer dem allgemeinen Text, wie Posttarif, Maße, Münzen usw., auch Notizen zu proletarischen Gedenktagen, Wirtschaftstabellen usw. bringt und über die Aufgaben von Gewerkschaft, SAP, SJV, SSB, IHV knapp und doch gut informierend Auskunft gibt.

Arbeiterkalender „Roter Pionier“ 1933

Der niedrige Preis des Kalenders (160 Seiten Umfang 2 Pfennige!) und sorgfältige Ausstattung erreichen den Kauf!

Der Kalender kann bezogen werden bei allen SAP- und SJV-Literaturen, vom Verlag der SAZ od. direkt vom Verlag Roter Pionier (SJV Ostschlesien Dresden-A 1 Jakobsstr. 5 1.)

„O du fröhliche, o du selige . . .“

Achtung, hier ist der Berliner Sender. Wir senden jetzt Werbennachrichten außerhalb des Programms der Funkstunde.

Die Firma Goldstein wünscht Ihnen, liebe Hörerinnen, ein recht frohes Weihnachtsfest. Kaufen Sie nur bei Goldstein, sie kaufen dann deutsche Ware und geben damit deutschen Arbeitern Arbeit und Brot!

Goldwaren erhalten Sie schon von 9 Mark 50 an, in dem bekannten Uhrenhaus Feuermann. (Steuerbescheinigung werden in Zahlung genommen.)

Schenken Sie praktisch! Schenken Sie Möbel! Sie erhalten ein komplettes Schlafzimmer schon für 395 Mark bei . . .

Das Modehaus Labisch verkauft Ihnen einen echten Damenpelzmantel schon für 85 Mark!

Wer jetzt nicht kauft, versteht nicht zu sparen . . .

Deutsche Weihnacht! Welch! Zauberklang . . .

Sie hören jetzt die Electro-Schallplatte „O du fröhliche, o du selige . . .“ „Aufmachen! Aufmachen! Polizei!“

Fäuste donnern gegen die Türe der kleinen Wohnung des ausgesteuerten Wohlhabens-erwerbslosen Hans Lehmann in der Frankfurter Allee.

„Sie müssen die Transparente vor dem Fenster entfernen! Was? Sie können Ihre Miete nicht bezahlen? Aber das ist uns doch einerlei! Was haben die Transparente mit Ihrer Miete zu tun? Und überhaupt . . . Sie wissen wohl nicht, daß Mieterstreik ungesetzlich ist? Was haben Sie da gesagt? Zu fressen geben? Wir nehmen Sie gleich mit zur Wache, wenn Sie die Schlüsseln nicht haben, verstanden. Sind Sie froh, daß Sie noch ein Dach über dem Kopf haben, ja?“

Schlußfäuste reißen die Transparente von der Front des im Mieterstreik stehenden Hauses herunter.

Der Erwerbslose Hans Lehmann steht daneben, Er ballt die Fäuste in der Tasche . . .

„Sieh nur mal, Peter, wie entzückend! Siehst du, so etwas mußt du mir schenken, ja?“

Die blonde Dame im Pelzmantel bleibt mit ihrem Begleiter vor dem Fenster eines Wäschegeschäftes in der Tauentzienstraße stehen.

„Schau doch mal, dieses fraise Pyjama zu 35 Mark, ist das nicht ganz reizend? Du mußt es mir schenken, Peter!“

Peter murmelt etwas von schweren Zeiten und sparen . . .

Das Paar geht weiter.

Am nächsten Tag ist das fraise Pyjama zu 35 Mark aus dem Schaufenster verschwunden; Peter hat es gekauft . . .

„Lottel“ sagt der Erwerbslose Hans Lehmann zu seiner verhärtet aussehenden Frau, „das geht doch nicht, daß du bei der Kälte noch weiter in dieser dünnen Jacke herumläufst. Du kannst dir ja den Tod holen!“

„Was soll ich denn machen?“ fährt die Frau den Mann fast wütend an. „Ich war doch schon dreimal deswegen bei der Wohlfahrt; du weißt doch, was der dicke Kerl gesagt hat: „Sie haben drei Jahre ohne Wintermantel auskommen können, da wird es dieses Jahr auch noch so gehen!“ Oder willst du mir von der Unterstützung vielleicht einen Mantel kaufen?“

„Nicht so schnell, Junge!“ ruft das Kindermädchen hinter dem kleinen Bub her, der im Galopp durch die Spielwarenabteilung des Warenhauses läuft.

Aber der Junge hört gar nicht. Er steht schon vor der großen elektrischen Eisenbahn und sieht mit glänzenden Augen ihrer Rundfahrt zu. Das Fräulein steht jetzt neben ihm.

„So eine bekomme ich zu Weihnachten, Papa hat es mir fest versprochen!“ sagt der Knirps und strahlt.

An der Eisenbahn ist der Preis angebracht: 45 Mark.

Lotte Lehmann, die Frau des ausgesteuerten Erwerbslosen, geht mit ihrem fünfjährigen Mädchen über die Frankfurter Allee. Eine Weihnachtsbude steht neben der anderen.

„Kauf mir ein Jojo, Mutti. Bitte . . . bitte!“

„Aber Kind, so ein Jojo kostet 10 Pfennig -- für 10 Pfennig bekomme ich 5 Kohlen. Es geht nicht. Nicht weinen, sei doch vernünftig!“

Auszug aus der Speisekarte der Kempinski-Weinstuben, Leipziger Straße 25 und Kurfürstendamm 27.

- 10 prima dänische Austern . . . 4,50
 - Prima Malossol-Kaviar, mit Butter und Röstbrot, Portion . . . 3,50
 - Junger Fasan mit frischer Ananas und Trauben . . . 2,85
- Sakuski für 2 Personen, bestehend aus:
- 1/2 Hummer mit Mayonnaise,
 - 2 Kaviarschnitten, 2 Gänseleberschnitten, 1 Lachschnitte mit Oliven und 1 Auster vinaigrette . . . 5,--
 - Rinderfilet Lucullus mit Salat Miami und Waffelkartoffeln . . . 3,--
 - Soufflé glacé Edith auf beleuchtetem Eissockel . . . 3,--

Weihnachten 1932. Deutsche Weihnacht! Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen!

Ballade vom Kanonenfutter

von Bert Brecht

„Herr Doktor, die Periode --
„Na, Frau, da sorgen Sie man,
Daß die Bevölkerungsquote
Ein bißchen wachsen kann.“
„Herr Doktor, ohne Wohnung --
„Na, nen Bett werden Sie doch ham!
Da gönnen Sie sich nen bißchen Schonung
Und halten sich ein bißchen stramm.“
Da sind Sie ne nette kleine Mutter
Und schaffen noch nen Stück Kanonenfutter.
Dazu ham Sie nen Bauch
Und das wissen Sie auch,
Und das müssen Sie auch,
Und jetzt keen Stuß,
Und jetzt werden Sie Mutter und Schluß.“

Herr Doktor, nen Arbeitsloser,
Daß der nicht viel Kinder ham kann --
„Na, Frauchen, das ist ein bloßer
Antrieb für Ihren Mann.“
„Herr Doktor!“ „Bitte, Frau Renner,
Da kann ich Sie nicht verstehn.
Sehn Sie, der Staat braucht Männer,
Die an der Maschine stehn.
Da werden Sie mal ne nette kleine Mutter
Und schaffen noch nen Stück Maschinenfutter.
Dazu ham Sie nen Bauch
Und das wissen Sie auch,
Und das müssen Sie auch,
Und jetzt keen Stuß,
Und jetzt werden Sie Mutter und Schluß.“

„Herr Doktor, wo soll ich denn liegen?“
„Frau Renner, quasseln Sie nicht!
Erst wollen Sie das Vergnügen
Und dann woll'n Sie nicht Ihre Pflicht.
Und wenn wir mal was verbieten,
Dann wissen wir schon, was wir tun.
Da sind Sie mal ganz zufrieden
Und lassen Sie das mal unsere Sache sein.
Ja, und nun werd'n Sie mal ne nette kleine
Mutter
Und schaffen noch nen Stück Maschinenfutter.
Dazu ham Sie nen Bauch
Und das wissen Sie auch,
Und das müssen Sie auch,
Und jetzt keen Stuß,
Und jetzt werden Sie Mutter und Schluß.“

„Herr Doktor, wo soll ich denn liegen?“
„Frau Renner, quasseln Sie nicht!
Erst wollen Sie das Vergnügen
Und dann woll'n Sie nicht Ihre Pflicht.
Und wenn wir mal was verbieten,
Dann wissen wir schon, was wir tun.
Da sind Sie mal ganz zufrieden
Und lassen Sie das mal unsere Sache sein.
Ja, und nun werd'n Sie mal ne nette kleine
Mutter
Und schaffen noch nen Stück Maschinenfutter.
Dazu ham Sie nen Bauch
Und das wissen Sie auch,
Und das müssen Sie auch,
Und jetzt keen Stuß,
Und jetzt werden Sie Mutter und Schluß.“

Der heilige Joseph

Eine Weihnachtslegende

Und es begab sich eines Tages nicht weit von der Jerusalemer Kirche, daß Joseph mit seinem Weibe Magda und seines Weibes Mutter vom Stamme der Friedländer sich aufmachte und auszog aus dem Lande der Juden, die Menschheit zu bekehren und selbiger das Heil des Scheichs Adolf des Großen zu bringen. Und Joseph war klein von Gestalt und arm am Geiste. Sein Haar war schwarz wie die Nächte am Euphrat, seine Nase zeigte den kühnen Schwung byzantinischer Gurken, und seine Wangen glühten den Falten eines Pergaments der alten Phönizier. Und siehe, er ritt nicht auf einem Esel, sondern fuhr in einem feurigen Wagen, Mercedes geheissen, und die Menschen, so ihn sahen, sprachen: „Hosianna! Sehet nur, welch feiner Makkabäer!“

Joseph aber sammelte die Gläubigen um sich, erhub ein Kreuz mit gar seltsamen Haken daran und tat seinen Mund auf. Und es war ein großes Staunen über allem Volke. Und als es geschah, daß die Nilpferde die Größe seines Reiches gewahrten, verstummten sie und erlebten, und eetzliche unter ihnen platzten vor Neid. Der heilige Joseph aber sprach gewaltig, und ein Dröhnen hub an von stürzenden Dächern, denn alle Balken bogten sich zu Spiralen.

Dieses gefiel dem großen Scheich Adolf wohl, und er setzte Joseph zum Herrscher ein über viele Gläubiger, und Joseph ward reich und mächtig und lebte in kostbaren Gemächern, die für 40.000 Silberlinge Möbel und allerlei feines Hausgerät enthielten, und lebte allda herrlich und in Freuden mit Magda, seinem Weibe, und Rebekka, seines Weibes Mutter.

Doch da er solchermassen schweigte und es sich wohlsein ließ, ward er alsbald höflich im Geiste und voller Eigennutz. Und er trachtete, die Günstlinge, so Adolf neben ihm hatte, zu stürzen, und war scheinbar voller Milngunst. Dem Volke aber redete er gar gewaltig nach dem Maule.

Und so ein Armer dem heiligen Joseph anheftete: „Siehe, Herr, ich bin arm und geknechtet“, so versprach er ihm Brot und Freiheit. Und so ein Krämer kam und sprach: „Was tue ich, Herr, daß ich meine No lindere?“, so versprach er ihm gesegnete Geschäfte. Und so die Wucherer und Wechsler forderten: „Joseph, vermehre unsere Gewinne“, so versprach er es ihnen.

Und seines Versprechens war kein Ende. Da er aber immer nur versprach, dieweilten Not und Elend im Volke wuchsen und nur die Wucherer und mit ihnen Joseph ihre Speicher füllten, erhob sich ein Murren unter den Armen, und sie sprachen: „Wehe uns, daß wir ihm glauben. Jener ist kein Mann, sondern ein Weihnachtsmann. Sehet, eine Maske verdeckt sein wahres Gesicht, Lug sind seine Worte, und sein Sack ist ein Trugbild und voller Stroh!“

Und also ward ein groß Gespöht unter dem Volke. Und so geschah es, daß man seit jener Zeit bis auf unsere Tage einen, der viel Wesens macht, doch nichts im Sacke hat, einen Weihnachtsmann nennt. Von jenen aber, die solcherlei Ausgeburt der Menschheit als Weihnachtsmänner erkannten und erkennen, singen und sagen wir:

„Hallelujah, ihnen ist -- ein Licht entgegen!“ . . . (F. Bernhardt in der „Ente“)

Religiöser Wahnsinn

Aus Grzybowszczyzna bei Bialystok in Polen wird gemeldet: Vor der Kirche hat sich eine größere Menge Menschen angesammelt, die ein großes Kreuz aufrichtete. Sie entkleideten einen Greis und wollten ihn ans Kreuz schlagen. Herbeieilenden Polizisten gelang es im letzten Augenblick, den Mann zu befreien, der schon stark blutete. Ganz besonders toll trieb es eine Frau, die sich als „Mutter Gottes“ bezeichnete, und die die Hand des Mannes bereits angefaßt hatte.

Wie für die Wilden ein Unwetter eine Erscheinung göttlichen Willens ist, so ist die Wirtschaftskrise der Gegenwart mit ihrer unendlichen Not für die kleinen Bauern, Handwerker, noch nicht klassenbewußten Arbeiter ein Strafgericht unheimlicher himmlischer Gewalt. Aus diesen Umständen erklärt sich das außerordentliche Anwachsen der Zahl der religiösen Sekten in allen kapitalistischen Ländern, im besonderen aber im Polen des Marschall Pilsudsky. Die verarmten Bauern, die arbeitslosen Arbeiter sehen, in Unwissenheit gehalten, aus dieser Welt keinen Ausweg aus ihrer Not, darum sind sie bereit, den Sektieren zu glauben, die vorgeben, ihnen mit allerhand Mittelchen wenigstens ein schönes Dasein im Himmel sichern zu können.

Das Ergebnis dieser Verhältnisse, Ausbrüche religiösen Wahnsinns, veranlassen stets die Bourgeoisie, ihrem Abscheu vor solchen Vorgängen Ausdruck zu geben. „Abgekühter Geister“ des Bürgertums verlassen Flug-schriften gegen das Sektenwesen, die verschiedenen heiligen Kirchen zehren gar gewaltig vom Leder gegen die Ketzer, doch manche Sozialisten glauben, allein durch Aufklärung dieser unwürdigen Verhältnisse Herr werden zu können. Sie alle aber vergessen, daß das Unwesen der Sekten nicht allein seinen Ursprung in der Unaufgeklärtheit der Proletarier und Halbproletarier hat, sondern daß seine letzte Ursache die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse, die skrupellose Ausbeutung und Unterdrückung durch die herrschende Klasse ist. Das religiöse Sektenwesen wird in Polen wie in der ganzen kapitalistischen Welt erst zu verschwinden beginnen, erst ausgerottet werden können nach dem Sieg des Proletariats.



Alle Rechte insbesondere die der Uebersetzung und des Nachdrucks vorbehalten. Copyright 1932 by Verlag für Literatur und Politik, Wien VIII.

„Was geht's dich an? Geh bitte deines Weges. Geh um Gottes willen, sonst geschieht hier eine Sünde. Du hast hier nichts zu suchen. Die Sache geht dich nichts an. Hörst du? Geh zu deinen Schätzlein dort sie warten ja auf dich. Geh, sage ich dir!“

Sie sprach erregt, aber ohne die Stimme zu heben, als rede sie Wjetrow zu, als liehe sie ihn an, sie in Ruhe zu lassen.

Wjetrow wandte ihr den Rücken, seine Blicke bohrten sich in das Bärtchen des Popen. „Ja, Anissja Matwejewa . . . rief mich . . . das letzte Gebet, das letzte Abendmahl . . . dem Kind . . . sie sagte, es sei sehr krank . . .“

„Und wozu sind Sie hier?“

Der Pope wollte etwas sagen, verschluckte sich aber vor Verlegenheit.

„Sie sind meiner Ansicht nach entweder ein Schuft oder ein Wahnsinniger, wenn Sie es noch wagen, diesen Boden zu betreten . . . ich jagte Sie schon einmal davon, damals sah es nur niemand. Ich machte Sie schon darauf aufmerksam, daß Sie hier nichts zu suchen haben. Genügt Ihnen das nicht?“

Der Pope lächelte ein weinerliches Lächeln, der Aermel seines Rockes zuckte über dem kleinen Paket, doch er versuchte mit allen Kräften seine Würde als Geistlicher zu wahren. Er warf Anissja Matwejewa gekränkte Blicke zu, hielt aber Wjetrows Blicken nicht stand.

„Ich habe überall etwas zu suchen, wo das heilige Sakrament zu verabreichen ist. Als Geistlicher kann ich mich nicht vor meinen Pflichten drücken. Man kam zu mir mit einer dringenden Bitte, und ich überlegte nicht

lange . . . Was wäre ich für ein Geistlicher, wenn ich vor irgendwelchen Hindernissen zurückschrecken würde? Die Menschen beanspruchen ja überall seelischen Trost und Gebete . . .“

Wjetrow hörte ihm geduldig und kalt zu: sein Gesicht versteinte sich zu einer Maske, nur die tiefen Falten auf den Wangen und die Lippen zuckten.

„Also hören Sie, Sie milder Kultusdiener . . .“

Anissja Matwejewa stieß plötzlich unabhängig und stolz Wjetrow mit der Schulter fort und nahm den Popen ehrerbietig unter den Arm.

„Komm nur, Väterchen . . . Das geht niemanden was an, das ist meine eigene Sache. Wenn ich beten und meine Seele erleichtern will, darf niemand es wagen, sich meinem Willen entgegenzustellen.“

Der Pope wollte versuchen mit Anissja Matwejewa an Wjetrow vorbeizugehen, doch er stellte sich ihnen wieder in den Weg.

„Also, Sie milder Kultusdiener, drehen Sie die Deichsel um und schauen Sie zu, daß Sie sofort verduften. Diese Frau hat nicht recht: was sie tut, schadet nur dem Kollektiv. Die Kommune verhält sich der Kirche gegenüber feindlich und zerstört erbarmungslos alle Götter.“

Anissja Matwejewa schob den Popen nach vorn. Wjetrow ließ ihn nicht weitergehen und drängte ihn mit seinen kalten Blicken zurück. Der Pope hatte Angst, war blaß und verlegen, wollte aber zeigen, daß er nicht vor dem Gebot seines Gewissens zurückweichen könne. Anissja Matwejewa verlor plötzlich vollständig die Fassung: Qual und Zorn im Gesicht, fuchtete sie mit den Händen wild vor Wjetrows Gesicht:

„Du hast nicht das Recht, mir etwas vorzuschreiben, Adreß! . . . Ich sterbe lieber, als daß ich zurückweiche . . . Du hast mich zu Tod gepeinigt . . . Ich hab keine Kräfte mehr . . . Geh, Väterchen, geh! . . . Geh, liebstes Väterchen! Wie ein Hund werde ich kriechen, ohne Buße, ohne Gottes Wort . . . Ich verliere den Verstand, Väterchen . . . Hilf mir, hilf mir um Christi willen . . .“

Wjetrow wandte sich hastig zu ihr und packte sie an den Händen. Seine Blicke bohrten sich in sie, an seinem Nacken, an seinem Rücken sah ich, daß er schrecklich war. Sie schlug hysterisch um sich und es schien, als ob sie vor Erschöpfung und Nervenschüttelung auf die Erde fallen würde. Der Pope näherte sich ihr und streichelte ihren Kopf.

„Sei nicht so verzweifelt, Anissja Matwejewa . . . Man darf nicht so erbittert sein und sich die Seele verfinstern . . . Den Frieden der Seele kann man nicht durch Erbitterung und Wut erreichen, sondern nur durch Verzeihen, durch Liebe . . . Ich werde immer froh sein, dir dein Unglück erleichtern zu können . . .“

Wjetrow wandte sein Gesicht dem Popen zu, der Pope erschrak, trat einen Schritt zurück und lächelte wieder weinerlich.

„Geh fort, Pope! Geh sofort! . . . Hörst du? Geh zum Teufel, wenn deine Haut dir noch was wert ist . . .“

Die Tschuschkina riß sich wie von einer Kette los: sie winkte mit der Hand und raste, mit vorgestreckter Brust und finsternem Gesicht zu Wjetrow, der vor seiner Frau stand und ihre Hände wie mit eisernen Flammern zusammenpreßte. Die wankte vor Schmerz und stöhnte halb bewußtlos:

„Laß mich los! Laß meine Händel! Au, wie das weh tut! Laß mich los, du verfluchter Hund, du niedertüchtiger Kerl!“

Tschuschkina trat energisch, mit leidverzerrem Gesicht an sie heran und wollte Wjetrows Hände von Anissjas Händen fortreißen, sie waren aber wie versteinert, wie zusammengewachsen.

„Was fällt dir eigentlich ein, meine Liebe? Was randalierst du hier? Was soll das heißen?“

Die Tschuschkina stemmte die Hände in die Hüften. Anissja Matwejewa sah und hörte sie nicht: sie war wie in einer Ohnmacht.

„Glaubst du gar, du bist hier allein, mein Täubchen? Willst du in unserer Kommune deine Gesetze einführen? Laß sie los, Wjetrow! Es ist nicht deine Sache, sie jetzt zu bändigen . . . Jetzt ist die Stunde des Gerichtes und der Strafe gekommen . . . Laß sie

los, Wjetrow . . . laß sie los! Hörst du? . . .“

Aber Wjetrow schien selbst in einem Krampf erstarrt zu sein. Er preßte die Hände seiner Frau so fest zusammen, daß die Gelenke anschwellen, rot wurden, die Adern schienen vom Blutandrang zu platzen. Entkräftet vor Verzweiflung sank sie stöhnend die Knie.

Ich zitterte selbst, ohne zu wissen warum. Ich wußte nur, daß dieser verdammte Knoten sich endlich zu lösen beginne. Mit Freude packte ich Wjetrows Hand und löste seine Finger los. Sie krachten in den Gelenken, er spürte aber keinen Schmerz.

Luscha hob Anissja Matwejewa auf, in ihrem Gesicht war weder Haß noch Feindseligkeit.

„Steh auf, Anissjenka, steh auf . . . komm mit mir! Bist ja unser aller Schreckgespenst.“

Natascha stand noch immer auf derselben Stelle und lächelte rätselhaft und teilnahmslos. Vor der Küchentür drängten sich Frauen und sahen uns wie gebannt, mit erstarrtem Lächeln an. Sie waren schon so diszipliniert, daß sie die Schwelle des Speiseraums nicht übertraten. Auf dem Balkon der Schule stand Prochor und ein Haufen Kinder. Er blickte uns mutlos aber mit philosophischer Weisheit an, als führe er seinen Anschauungsunterricht durch. Als er mit der Hand nach vorn zeigte, schaute ich mich unwillkürlich um und sah wie der Pope über seinen langen Rock stolpernd, an den Gebäuden vorbei, auf die Straße lief. Er sah sich um, als erwartete er, daß man ihn zurückrufe. Die Kinder zeigten mit den Fingern auf ihn, riefen und lachten laut.

Die Tschuschkina ordnete energisch und streng an:

„Geh an deine Arbeit, Wjetrow, hast hier nichts zu suchen. Wir schaffen auch ohne dich Ordnung . . . Führt sie nach Haus, Mädels. Und bleibt bei ihr, sonst richtet sie noch, weiß der Teufel was an . . .“

Die Wjetrow war vollkommen hilflos und unterwürfig, mutlos und stumm geworden. Es schien, als schlafe sie.

(Fortsetzung folgt.)

Papen - Schleicher - Hitler

Von Paul Frölich

II. Schleicher und die Nationalsozialisten

Herr von Schleicher hat stets enge Beziehungen zu den Nationalsozialisten aufrecht erhalten. Unter Brüning stand er beständig in Verhandlungen mit Röhm und anderen Beauftragten Hitlers. Die wiederholten Erklärungen, es handle sich dabei nur um die Versicherung unbedingter Legalität der faschistischen Aktionen, waren natürlich nur Täuschungen. Es handelte sich um die enge Verknüpfung der Nationalsozialistischen Partei mit der Reichswehr und die Vorarbeit für ihre Einbeziehung in die Regierung. In Schleicher sahen die Nazis ihren Mann. Seit dem Sommer hat er sich beständig bemüht, sie in die Regierung zu bringen.

Ist Schleichers Ziel die faschistische Herrschaft? Nein! Vor Jahren schon wurde von ihm ein Wort kolportiert: Es werde so viel von Diktatur gesprochen: doch wenn schon Diktatur, dann nicht die des Malergesellen aus Braunau, sondern „unsere Diktatur“, die Diktatur der Generale. So ungefähr sagte es Herr Weis auch, nur daß Schleicher einen starken Trumpf in der Karte hatte, die Bajonnette. Doch wenn er es damals noch nicht wußte, so hat er inzwischen gelernt, daß Bajonnette und Generalsäbel allein eine zu schmale Grundlage für ein diktatorisches Regime sind, besonders in Deutschland mit seiner starken Arbeiterklasse. Er hat selbst wiederholt ausgesprochen, daß eine Regierung in Deutschland ohne starke Stützpunkte in den Massen unmöglich sei. In der nationalsozialistischen Bewegung suchte er vorzugsweise diese Stütze, ohne darum die Verbindung mit anderen Kräften jemals ganz aufzugeben.

Schleichers Absicht war, die Nationalsozialisten in die Diktatur einzuspinnen, sie auszunutzen, sich ihrer als Werkzeug und Waffe zu bedienen, ihnen aber dabei nicht die Macht auszuliefern, sie nicht zum Herrn werden zu lassen. Er traf sich dabei mit den entscheidenden Mächten des Großkapitals, die die Hitler-Bewegung mit riesigem Geldaufwand förderten und doch immer bestrebt waren, zu verhindern, daß sie ihnen über den Kopf wachse.

Eine ganze Reihe von Tatsachen beweisen diesen Sachverhalt, Tatsachen, die nur so einen Sinn ergeben. Wir erinnern nur an folgende: Vor der Präsidentenwahl machte Brüning eine Flucht in die Öffentlichkeit. Gegenüber den Angriffen der Nationalisten stellte er fest, daß Verhandlungen stattgefunden hätten über die Bildung einer ausgesprochenen Rechtsdiktatur. Die Regierung hätte sich bereit gesehen, ihr die Position zu überlassen, der Reichspräsident wollte eine solche Regierung berufen. Gleichzeitig sei der Plan allein daran, daß sich Hugenberg und Hitler nicht über die Verteilung der Regierungssitze einigen konnten. Nun ist gewiß, daß die Konkurrenz zwischen den beiden „Rettern“ Deutschlands die Einigung verhinderte. Doch es ging um mehr als um ein persönliches Geräuße. Wer soll die tatsächlichen Machtpositionen des Staates besetzen, den Reichskanzler, der die Politik wesentlich bestimmt, das Innenministerium, das die Verfügung über die Polizei hat bzw. sich sichern kann und den wichtigsten Teil des Verwaltungsapparats beherrscht. Es stellte sich heraus, daß Hitler in einer Koalition diese entscheidenden Positionen besetzen will, mit denen er den faschistischen Staatsstreich bequem vorbereiten kann.

Das wollten die alte Reaktion, die Militärs und die Kapitalmächte verhindern.

Aus dieser Lage entsprang das Verbot der SA als ein Versuch, diese faschistische Kampftruppe den Händen Hitlers zu entreißen, um sie der Reichswehr zu unterstellen. Der Versuch scheiterte. In der Tat konnte dabei eher das Gegenteil herauskommen, nämlich, daß Hitlers Einfluß in der Reichswehr stieg. Groener stolperte über dies Fiasko. Schleicher blieb stehen. Bei Brünings Sturz liquidierte er die SA-Affäre.

An der Bildung der Regierung Papen waren die Nazi beteiligt. Sie verpflichteten sich zur Tolerierung offenbar auf Grund mehr oder weniger deutlicher Versprechungen. Papen werde die schwersten Hindernisse aus dem Wege schaffen, durch Frontalangriff auf die staatlichen Positionen der SPD diese aus der Kombination hinauszuerlösen und dann Hitler heranzulassen. Wiederum scheiterte der Versuch einer Nazi-Koalition an der Frage:

Soll der Faschismus Werkzeug oder Herr sein?

Das geht aus den Verhandlungen zwischen Hindenburg und Hitler im August deutlich hervor. Empört über die Rolle, die man ihnen zumutete, kündigten die Nationalsozialisten die Tolerierung Papens. Dessen Basis wurde ganz schmal, er verlor die Balance und fiel, nachdem seine ganze Politik gescheitert war.

Der Auftrag zur Regierungsbildung an Hitler war schon eine bewußte Demütigung. Ihm wurden Bedingungen gestellt, deren Erfüllung unmöglich gemacht war. Die neue Niederlage nach dem Aderlaß bei der Reichstagswahl sollte ihn zur Vernunft bringen, ihn zum Verzicht auf seine Herrschaftspläne zwingen. Wie bekannt, wäre die Absicht fast gelungen, ihn einzurangieren als bloßes Werkzeug der alten reaktionären Mächte. Gobbels fuhr dazwischen. Doch praktisch tolerieren die Nazis jetzt die Regierung Schleicher, sie gingen auf den „Waffenstillstand“ ein. Als Anerkennung für gutes Betragen winkt ihnen der Posten des preußi-

schen Ministerpräsidenten. Fügen sie sich nicht, so droht ihnen Schleicher, wie Gregor Strasser gegenüber Hitler betonte, mit der Sperrung aller Finanzquellen. Dem gezähmten Faschismus sollen Chancen gegeben werden, den ungebärdigen will man zur Vernunft zwingen.

Bonapartistische Gelüste

Herrn Schleicher wird die Kunst der Menschenbehandlung zugeschrieben, die Gabe eleganter Debatte über ernste Probleme, die vorführerische Bereitschaft, auf fremde Gedanken einzugehen, und eine Wendigkeit und Behendigkeit des Geistes. Damit soll erklärt werden, daß es ihm gelang, bei aller Förderung des Faschismus zugleich die Fäden nach links, besonders zu den Gewerkschaften, in der Hand zu behalten. In der Tat hat sich Herr von Schleicher in seiner Rundfunkrede als ein banaler Eklektiker erwiesen, der durch allgemeine Redensarten die Extreme vermittelt, nach allen Seiten unklare Versprechungen macht und nur dort deutlich wird, wo er der revolutionären Bewegung mit dem Säbel droht. Schleichers Spiel mit den verschiedenen Kräften beruht aber nicht auf seinen persönlichen Fähigkeiten, diese sind vielmehr bloße Hilfsmittel eines bestimmten politischen Systems.

Das Bestreben, die Nationalsozialisten und die Gewerkschaften gleichzeitig für den Staat einzuspinnen, war schon seit langem die Grundlage der Schleicherschen Politik.

Durch die Bildung des Papen-Kabinetts sollte das Experiment wenigstens unter Einbeziehung der christlichen Gewerkschaften gemacht werden. Als Zentrum und Nazis sich versagten, als das Papen-Kabinett auf das Bündnis zwischen der alten Reaktion und den großkapitalistischen Mächten beschränkt blieb, zog sich der General in eine Reservestellung zurück, aus der er jetzt hervorgetreten ist, um jenen Versuch auf breiter Grundlage zu unternehmen.

Bei den Verhandlungen mit Leipzig und Eggert hat Schleicher einen leichten Erfolg errungen. Die gravierenden Tatsachen für die Uberschwenkung des ADGB zur Generalsdiktatur sind in unserem Blatt bereits ausführlich dargestellt worden. Sozialdemokratie und Gewerkschaftsführung stehen heute unter dem doppelten Druck von oben und unten, vom Staat und von den Massen aus. Die Sozialdemokratie kann sich in dieser Situation eine gewisse Opposition leisten, weil diese nicht so leicht über die Zeitungs- und Parlamentsopposition hinauszudringen braucht. Für die Gewerkschaften aber bedeutet ein Nachgeben auf den Druck der Massen den Kampf gegen die Angriffe des Kapitals. Die Gewerkschaftsführung fürchten die Wirkung der Kämpfe auf die Kassen und die Schläge der Diktatur. Vor allem aber fürchten sie, daß solche Kämpfe schnell den Rahmen rein gewerkschaftlicher Aktion durchbrechen, zu politischen, also revolutionären Kämpfen werden können. Zudem finden faschistische Gedankengänge, namentlich Hoffnungen auf Eingliederung der Gewerkschaften in den Staats-

apparat immer mehr Anklang bei gewissen Teilen dieser Führerschaft.

Das ist ein gut vorbereiteter Boden für Schleichers Absichten. Und er hat die Möglichkeit zu Entgegenkommen, das den Gewerkschaftsführern ihre Politik erleichtern wird. Die wichtigste „Konzession“, die die Regierung jetzt gemacht hat, ist die Aufhebung der Lohndruck-Verordnung. Sie konnte sie machen, weil sie den Unternehmern wenig nützt. Es hat sich gezeigt, daß die Arbeiter im Abwehrkampf verhältnismäßig leicht die Anwendung dieser Verordnung verhindern oder wenigstens ihre Wirkung abschwächen können, weil eine Verstärkung der Belegschaft nur möglich ist, wenn Aufträge vorliegen, und die Unternehmer selbst das Interesse haben, die Ausführung dieser Aufträge nicht zu hemmen. Andererseits aber — und darauf haben wir bereits früher hingewiesen — zerstört die Papen-Verordnung die Grundlagen der Konkurrenz, den gleichen lohnrechtlichen Ausgangspunkt im Lohnkampf, und muß deshalb innere Reibungen und Widerstand beim Unternehmertum erzeugen. Die „Konzessionen“ an die Gewerkschaften geschehen also mit hoher Genehmigung der Kapitalistenklasse.

Schleicher braucht, gebraucht und mißbraucht also die Nationalsozialisten und die Gewerkschaften, um seiner Diktatur eine breitere Basis zu verschaffen, als sie Papen hatte.

Er stützt sich sowohl auf die eine und die andere und kann nach den Notwendigkeiten der Situation das Schwergewicht auf die eine oder die andere Kraft legen. Gegen die Rebellion von unten nutzt er sowohl die spaltende und einhellende Rolle des Reformismus aus, wie auch die Schlagkraft des Faschismus gegen das Proletariat. Darüber hinaus ist er in der Lage, diese beiden Kräfte gegeneinander auszuspielen und sie so zu neutralisieren. Das ist die Schleichersche Regierungskunst, zu der ihm das Parlament Blankovollmacht gegeben hat.

Es ergibt sich folgendes Bild: Eine Diktatur, deren ruhender Pol die Arme ist. Hintär ihr stehen die großkapitalistischen Mächte. Das Parlament hat sich selbst von der Mitbestimmung ausgeschaltet, und es wird kaum die Gelegenheit bekommen, sich wieder einzuschalten auch wenn es wollte. Dagegen stützt sich die Diktatur auf starke außerparlamentarische Kräfte in den Volksmassen, die sie durch Ausbalancierung des Gleichgewichts zu bändigen sucht.

Ein solches System trägt charakteristische Merkmale des Bonapartismus, eine Analogie, auf die Trotzki zuerst hinwies. Er wandte die Kennzeichnung allerdings auch auf Brüning und Papen an, was aber nach unserer Auffassung erst für das Regime Stöckerherber richtig ist, und dies selbstverständlich auch nur in dem Sinne, den die modernen Verhältnisse zulassen. Es ist klar, daß ein solches Regierungssystem keinen Abbau, sondern eine Verschärfung der Diktatur bedeutet.

*) L. Trotzki. Der einzige Weg. Verlag Anton Grylewicz, Berlin-Neukölln. Wir empfehlen diese Schrift dringend.

Werbeaktion im Holzarbeiterverband

Erleichterte Wieder-Eintritts-Bedingungen

Der Holzarbeiterverband führt zur Zeit eine große Mitgliederwerbeaktion durch. Das ist auch sehr notwendig, denn die Mitgliederzahl ging in dieser Gewerkschaft in den letzten Jahren sehr erheblich zurück. Gewiß liegt die Hauptursache in den Auswirkungen der Krise im Holzarbeiterverband sind über vier Fünftel der Mitglieder arbeitslos. Aber auch die reformistische Taktik bei Wirtschaftskämpfen und Tarifbewegungen und nicht zuletzt die Massenabschlüsse und die gegen das Mitbestimmungsrecht der Mitglieder gerichtete innergewerkschaftliche Taktik der Führung haben in hohem Maße zu den Mitgliederverlusten beigetragen.

Die beste Mitgliederwerbung wäre daher eine vollkommene Aenderung der bisherigen Politik und Taktik. Da es aber gerade die Aufgabe unserer Genossen ist, diese Kursänderung herbeizuführen, so müssen sie alles Interesse haben, die Mitgliederstärke im Verband zu heben. Es ist daher auch vom Gesichtspunkt der Opposition aus zu begrüßen, daß die Verbandsleitung eine große Werbeaktion durchführt, und dabei nicht nur alle Verbandsmitglieder zur erhöhten Werbefähigkeit auffordert, sondern auch erleichterte Aufnahmebedingungen festgelegt hat. Es sind für die ganze Dauer der Werbekampagne, die leider schon am 31. Dezember abläuft, folgende Sonderbedingungen festgelegt:

1. Es können auch Erwerbslose, also zur Zeit nicht im Betrieb tätige Holzarbeiter, zu einem Eintrittsgeld von nur 10 Pfg. aufgenommen werden. Während der Dauer ihrer Erwerbslosigkeit zahlen sie nur einen Wochenbeitrag von 10 Pfg. Sie werden damit regelrechte Verbandsmitglieder, bekommen das Verbandsorgan gratis geliefert und erhalten kostenlosen Rechtsschutz, selbstverständlich aber keine Arbeitslosen-, Krankenunterstützung usw. Allerdings ist dabei eine nicht zu billi-

gende Bestimmung, daß sich der Vorstand die Bestätigung jeder Aufnahme eines Erwerbslosen vorbehält.

2. Eine sehr wichtige Bestimmung ist die, daß früher, seit dem Frühjahr 1930 ausgeschiedene Verbandsmitglieder wieder aufgenommen werden und ihre alten Rechte auf Grund der früheren Beitragsleistung nach einer bestimmten erneuten Mitgliedsdauer bis zu 75% angerechnet bekommen. Diese Mitglieder müssen ihr altes Verbandsbuch vorlegen und bekommen sogar ihre alte Verbandsbuchnummer wieder.

Diese Gelegenheit muß in stärkstem Maße ausgenutzt werden.

Wo irgendwie Genossen sein sollten, die aus Verärgerung oder sonstigen Gründen ihre Mitgliedschaft verfallen ließen, müssen sie jetzt alles tun, um ihre Mitgliedschaft wieder herzustellen. Es ist Pflicht aller Holzarbeiter-Genossen, dafür zu sorgen, daß auch nicht ein SAP-Holzarbeiter unorganisiert bleibt. Selbstverständlich ist es gleichzeitig Aufgabe unserer Genossen, alle übrigen der SAP fernstehenden Holzarbeiter, soweit sie ihre Mitgliedschaft verfallen ließen, wieder in den Verband zu bringen und dazu möglichst viel neue Mitglieder zu werben. Die revolutionären Holzarbeiter müssen bei dieser Werbeaktion ihren Stolz darin setzen, die größte Zahl von Neugeworbenen aufzubringen.

Kohlenhalden brennen

Erkelens, 23. Dezember.

(Eigener Bericht der „SAZ“)

CNB. Die Kohlenhalde der Zeche „Sofia-Jakoba“ befindet sich seit einigen Tagen in Brand. Alle Löschversuche verliefen erfolglos. Eine dicke Rauchwolke überlagert die ganze Gegend.

Der FAD — „Das Licht von Bethlehem“ SPD-Führer bei der Weihnachtsfeier im FAD-Lager

Die „Herforder Zeitung“ (Westfalen) bringt am 20. Dezember folgenden rührseligen Bericht:

Weihnachten im Arbeitsdienstlager. Am vergangenen Sonntag besuchte die Leitung des Jungdeutschen Ordens den Insassen der beiden Arbeitsdienstlager in Enger und Diebrock eine schlichte Weihnachtsfeier. Im traulich geschmückten Pörtnerischen Saal begrüßte der Führer des jungdeutschen Arbeitsdienstes für den West-Weser-Kreis die erschienenen Gäste und die Arbeitskommanden. Superintendent Niehöller-Enger richtete tiefgefühlte Worte an die jungen Arbeitsdienstwilligen, in denen er die hohe Bedeutung und den tiefen Sinn des Weihnachtestestes hervorhob. Arbeitsamtsdirektor Tielking betonte, daß im Arbeitsdienst ein neues Werden im Entstehen sei, das für unser Volk von hohem Werte ist. Nachdem der Nikolaus seine Ermahnungen erteilt hatte und eines unserer schönen deutschen Weihnachtslieder erklingen war, nahm Komtur K. H. Huchzermeyer sechs junge Arbeitsdienstwillige feierlich in den Jungdeutschen Orden auf. Harmonisch klang dann der Abend nach einigen Stunden froher Beisammenseins aus.

Der Sonntagabend führte die Freunde und Gäste des Arbeitsdienstes zur Weihnachtsfeier in das Diebrock-Lager. Hier sprach mit tieferfühltem Sinn und aus dem Innern dringender Begeisterung Prof. Schirmer-Bielefeld zu den jungen Dienstwilligen. So wie das Licht von Bethlehem vor 2000 Jahren den Weg aus der Zeitnir wie in eine bessere Zukunft, so leuchte auch das Licht, das vom freiwilligen Arbeitsdienst hinaustrahlt in die Dunkelheit unserer deutschen Gegenwart, hinüber auf den festen Weg zu einer besseren deutschen Zeit. Nachdem Arbeitsamtsdirektor Tielking auch hier herzliche Worte an die Dienstwilligen gerichtet hatte.

Das interessanteste an diesen „hartmühtlichen“ Weihnachtsfeiern ist, daß der Arbeitsamtsdirektor Tielking einer der führenden Männer der Herforder SPD ist. Die Führer der SPD bringen es also fertig, nicht nur den freiwilligen Arbeitsdienst allgemein zu fördern und zu unterstützen, sondern auch noch ihren Segen dazu zu geben, wenn die jungen Arbeiter mit dem Licht aus Bethlehem eingeebelt und in den faschistischen Jungdeutschen Orden gepreßt werden.

Was sagen die SPD-Arbeiter hierzu?

Wer hat an Amerika gezahlt?

Am 15. Dezember haben nach Mitteilung des amerikanischen Schatzamtes folgende Staaten ihre fälligen Kriegsschulden an den USA nicht gezahlt: Frankreich, Polen, Belgien, Estland, Ungarn. (Die griechische Rote ist erst später fällig.)

Eingegangen sind insgesamt 98 722 675 Dollar, und zwar von England 95 550 000, von der Tschechoslowakei 1 500 000, von Italien 1 245 437, von Finnland 186 000, von Lettland 148 852 und von Litauen 92 386 Dollar.

Unzulänglicher Gelsenkirchen-Bericht

Kürzlich tagte die Generalversammlung des Gelsenkirchener Bergwerksvereins, über dessen Bilanz und Zusammenhang mit dem großen deutschen Stahltrust wir wiederholt berichteten. Ein Aktionär wargte hier die Frage, warum in dem Geschäftsbericht der doch immerhin bedeutungsvolle Uebergang der Mehrheit der Aktien an das Reich nicht einmal erwähnt worden sei. Er erhielt eine derbe

ACHTUNG!

Ab 1. Januar 1933

befinden sich das Parteisekretariat, die Geschäftsstelle, Redaktion u. Expedition der SAZ

Breslau 5, Gartenstr. 21

Fernspr.: SAP 56708, SAZ 26602

Partei Vorstand der SAP SAZ Geschäftsleitung

Abfuhr von dem Herrn Generaldirektor Vögler, der erklärte, darüber brauche die Verwaltung keinerlei Rechenschaft abzulegen. In den Aufsichtsrat der Gesellschaft wurden im übrigen trotz des Aktien-Mehrheitsbesitzes des Reiches von 28 Mitgliedern nur drei Vertreter des Reiches gewählt.

Verantwortlich: Bruno Sacher, Breslau; nserate Herbert Scholz, Breslau; Verlag Max Rausch, Breslau, Lohndruck Th. Schatzky A+G, Breslau, Neue Graupenstraße 7

Expedition: Breslau Kleine Holzstraße 3 Trepp. Telephone 206 02.

Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Geburt, Breslau 6, Kleine Holzstraße 3. Postcheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau, Konto-Nr. 102 92

Redaktion: Breslau Kleine Holzstraße 3 1 Trepp. Telephone 206 02.

Insertatenpreis Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes.

Unsere Stellung zu SPD und KPD

Von Kurt Rosenfeld

Selten, vielleicht niemals, gab es in der Geschichte Deutschlands eine so kurze Periode, in der so tiefgreifende wirtschaftliche, soziale und politische Veränderungen sich vollzogen haben, wie im Jahre 1932. Dadurch ist es uns heute erleichtert, die auf unserem Osterparteitag beschlossene Prinzipienklärung an Hand der Tatsachen auf ihre Richtigkeit zu prüfen.

Dabei ist eines vorauszuschicken: Zur Zeit des Parteitages befanden wir uns in der Periode vor der Stabilisierung der bürgerlich-kapitalistischen Diktatur. Damals schon sprachen viele Anzeichen dafür, daß die letzten Reste einer Scheindemokratie, die das Brüning-Regime in Deutschland übrig gelassen hatte, in aller nächster Zeit beseitigt werden würden; trotzdem konnte damals die Aufforderung an die Arbeiterklasse, aus der Verteidigung dieser letzten Positionen zugleich zur Offensive überzugehen, die Defensive dialektisch in den Kampf um die Macht umschlagen zu lassen, eine gewisse Berechtigung haben, wenngleich es allerdings auch damals schon eine falsche Einschätzung der Situation bedeutete, davon zu sprechen, daß die „Aussichten auf die Möglichkeit einer proletarisch-revolutionären Aktion wuchsen“, wie das Genosse Zwilling auf dem Berliner Bezirksparteitag zu Weihnachten des vorigen Jahres ausführte. Schon damals war es falsch, wenn er auch behauptete: „Der Kampfwillie des Proletariats steigt unaufhörlich“. Wäre er nicht damals bereits „unaufhörlich“ im Sinken begriffen gewesen und immer weiter gesunken, so hätte der Staatsstreich vom 20. Juli andere Wirkungen ausgelöst.

Inzwischen aber ist die Arbeiterklasse in die Defensive gedrängt worden, ist fast das Stadium erreicht, in dem das Proletariat nichts zu verlieren hat als seine Ketten. Es sieht sich — vor der Eroberung der Macht, vor der Errichtung der proletarischen Diktatur — der Aufgabe gegenüber, die inzwischen fest verankerte, mit allen Machtmitteln stabilisierte bürgerliche Diktatur zu stürzen.

Zwischen unserem früheren Parteitag und dem kommenden liegt die Periode des Uebergangs zur vollendeten Diktatur der Bourgeoisie. Die Frage, die wir uns bei der Nachprüfung unserer Stellungnahme zu SPD und KPD vorzulegen haben, fällt damit zusammen mit der Frage nach dem Verhalten der beiden Parteien in dieser Periode.

„Die Sozialistische Arbeiterpartei steht in unüberbrückbarem prinzipiellen Gegensatz zur SPD und zur 2. Internationale“, sagt die Prinzipienklärung.

Dieser Gegensatz besteht heute genau so fort. Denn die Ereignisse der letzten Zeit haben neue Beweise dafür erbracht, daß „die Bourgeoisie ihre Macht nur noch durch Diktatur und Terror aufrecht erhalten kann“ (in der scheinbar gemilderten schleichernden Form eine noch größere Gefahr für die Arbeiterklasse), daß der „Gedanke, die politische Macht auf parlamentarisch demokratischem Wege, d. h. ohne die Zertrümmerung des bürgerlichen Machtapparates zu gewinnen, an sich eine Illusion ist und diesem Glauben jetzt durch die Zerstörung des Parlamentarismus und die Aufrichtung der offenen Diktatur jede Grundlage entzogen“, daß die „SPD durch ihre bisherige Politik unlösbar mit dem kapitalistischen Staat und dem kapitalistischen System verbunden“, daß ihr „die Rückkehr zum Klassenkampf für immer verbannt“, daß „jede Grundlage zu einer internationalen Orientierung der Arbeiterklasse und damit der Internationalismus beseitigt“ ist, und daß die 2. Internationale völlig versagt hat.

Sehr bald nach dieser Formulierung unserer Auffassung folgte auf Brüning die Diktatur Papen mit allen ihren Terrorandrohungen und -maßnahmen gegen die Arbeiterklasse. Der Parlamentarismus ist jetzt fast völlig zerstört. Der bürgerliche Machtapparat wird mit jedem Tage mehr ausgebaut. Nur auf seinen Trümmern kann die Arbeiterklasse ihre Diktatur errichten. Dabei darf allerdings, wie schon erwähnt, nicht außer Acht gelassen werden, daß die Arbeiterklasse sich heute nicht in der Offensive, sondern in der Defensive befindet, und daß daher im Vordergrund stehen muß die in unserem Aktionsprogramm der Arbeiterklasse gestellte Aufgabe: „Die politischen Positionen und die Bewegungsfreiheit, die ihr die Ueberreste der bürgerlichen Demokratie noch gewähren, im außerparlamentarischen Kampf zu sichern, auszuweiten und zum Angriff auf die bürgerliche Diktatur auszunutzen“, also insbesondere zu kämpfen „für die Wiederherstellung der Presse-, Versammlungs-, Demonstrations- und Koalitionsfreiheit für die Arbeiterklasse.“

Die „Machtpositionen“ der SPD in Preußen und anderswo sind beseitigt, ohne daß sie sich nur verteidigt worden wären. Die Sozialdemokratische Partei ist aus allen Bastionen, die sie sich im kapitalistischen Staat geschaffen zu haben glaubte, hinausgeworfen worden. Sie hat sich aber bis heute nicht von diesem Staate wirklich lösen und den Weg zum Klassenkampf wieder öffnen können. Mit allen Fasern ist sie immer noch mit dem bürgerlichen Staat verbunden. Trotz aller mit Worten angekündigten Oppositionen sind ihre Führer auch heute wie früher

zur Koalition mit bürgerlichen Parteien und zur Tolerierung einer Diktaturregierung bereit. Wenn man ihnen nur einen freundlichen Blick zuwirft, werden sie sogar in der Schleicherregierung das kleinere Übel finden, das sie um der Verhütung eines größeren Übels zu dulden bereit sein würden. Sozialdemokratische Gewerkschaftler haben bereits mehrfach mit dem Reichskanzler-General verhandelt, und Leipzigt hat sich sogar als Herold des neuen Herrn be-

tätigt. Das Reichsbanner hätte schon beschlossen, zusammen mit Nazis und Stahlhelmern im Stölpnagelkuratorium den „Wehrsport“ zu pflegen.

Der Nationalismus findet mit jedem Tage mehr eine Stätte in der Sozialdemokratischen Bewegung. Um des „Vaterlandes“ willen hat die SPD Opfer auf Opfer ihrer Ueberzeugung gebracht — im Kriege und nach dem Kriege. Erst jetzt hat Wels dies vor Gericht bezeugt, als er

Die SPD, die KPD und wir

Von Paul Frölich

Die Spaltung der Arbeiterbewegung ist keine zufällige Erscheinung, nicht das Werk böswilliger oder kurzsichtiger Führer. Sie ist eine unvermeidliche Entwicklungsphase in der Herausbildung des proletarischen Klassenbewußtseins. Die Arbeiterklasse ist nicht einheitlich. Zwischen dem Industriearbeiter und dem Angestellten, zwischen dem Arbeiter im modernen Riesenbetrieb und dem im handwerklichen Betrieb einer Kleinstadt oder dem Landarbeiter bestehen tiefgehende Unterschiede, die seine politische Haltung bestimmen. Soziale Herkunft, religiöse Einflüsse, das Bildungsniveau, Kampferfahrungen, Parteibindungen wirken sich hemmend oder fördernd auf das Bewußtsein aus. Vom indifferenten Arbeiter, der noch in der bürgerlichen Front steht und der noch nicht die Notwendigkeit der Klassenorganisation und des Klassenkampfes erkannt hat, bis zum revolutionären Arbeiter, der sich von jeder seiner politischen Handlungen gewissenhaft Rechenschaft ablegt, gibt es zahlreiche Übergänge.

Aber auch hier gehen die Nuancen nicht einfach wie die Farben des Regenbogens ineinander über. Die Bewußtseinsentwicklung macht Sprünge. Der entscheidende Sprung führt vom reformistischen zum revolutionären Denken. Er zwingt an einem bestimmten Punkt die Spaltung der Arbeiterbewegung. Bis zum Krieg konnte die Arbeiterbewegung in den westeuropäischen Ländern in einer Parteiorganisation zusammengefaßt sein, obwohl der Gegensatz zwischen Reformisten und Revolutionären bereits bestand. Sie konnte es, weil die tägliche Praxis sich nur Aufgaben stellen konnte, die innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft zu erreichen waren. Der Kampf ging allein um Reformen. Die Sozialdemokratie war in all ihren Gliedern Oppositionspartei. Als aber — von der revolutionären Seite aus gesehen — das Gesamtinteresse der Arbeiterklasse den unmittelbaren Kampf gegen das kapitalistische System selbst forderte, und — von der reformistischen Seite aus betrachtet — das „Gesamtinteresse der Nation“ die Unterordnung der Arbeiterklasse, den Verzicht auf den Klassenkampf erheischt, wurde die Spaltung unvermeidlich. Eine einheitliche Praxis war nicht mehr möglich.

„Entweder man ist revolutionär und akzeptiert die Folgen der Revolution, sie seien, welche sie wollen, oder man wird der Konterrevolution in die Arme gejagt und findet sich, vielleicht ganz wider Willen und Wissen, eines Morgens Arm in Arm mit Nikolaus und Windischgrätz.“
(Marx, Neue Rheinische Zeitung, 15. Februar 1849.)

Die Wahrheit dieses Wortes bestätigte sich am Schicksal der USP in der Novemberrevolution, wo sie objektiv konterrevolutionär wirkte, und bei ihrem Ende, wo sie nach Abstoßung der revolutionären Teile in die Arme von Ebert und Scheidemann sank. Aus diesen Feststellungen ergibt sich:

Der Gegensatz zwischen reformistischer und revolutionärer Politik, reformistischer und revolutionärer Partei ist unüberbrückbar.

Er kann nur aus der Welt geschafft werden durch die Ueberwindung des Reformismus. Eine Zwischenstellung zwischen beiden führt zur Zweideutigkeit, Haltlosigkeit, Aktionsunfähigkeit, letzten Endes zum Rückfall in den offenen Reformismus. Der Versuch, eine solche Zwischenpartei zu schaffen, ist die Organisation des Verfalls. Wir stehen nicht an, festzustellen, daß die SAP reformistische Elemente neben den revolutionären enthält. Das ist eine unvermeidliche Erscheinung, die ihrer Entstehungsgeschichte entspringt. Doch dieser innere Widerspruch muß überwunden werden, und die Partei ist auf dem besten Wege dazu. Ob dieser Prozeß gehemmt oder gefördert werden soll, darum geht jetzt der Streit. Die SAP wird eine revolutionäre und das heißt: eine kommunistische Partei sein, oder sie wird zerrieben werden.

Die SPD

Ist die SPD zu reformieren? Eine Partei ist nicht ein Haufen von Mitgliedern, sondern ein Organismus. Sie hat die Organe, die ihrer Funktion angepaßt sind, und diese Organe bilden sich in ihrer Praxis und durch sie aus. Eine Partei, die seit 1914 eine reformistische, d. h. konterrevolutionäre Politik treibt, die durch alle Blutkuren des Bürgerkrieges Seite an Seite mit der Reaktion ge-

stempft ist, kann nicht plötzlich das Steuer herumwerfen und den bewußten Kampf gegen den kapitalistischen Staat führen. Sie hat Furcht vor der Revolution, vor dem „Chaos“, sie „hast die Revolution wie die Sünde“ und muß deshalb das kapitalistische System verteidigen, wenn es in Gefahr ist. Sie kann es nicht selbst gefährden. Sie kann unter Umständen in die Opposition gedrängt werden, aber diese Opposition wird stets im Rahmen des kapitalistischen Gesellschaftssystems bleiben.

Die reformistische Politik leidet an dem inneren Widerspruch, daß sie gegenrevolutionär ist und sich doch auf Arbeitermassen stützen muß. Dieser Widerspruch muß in beständigen Oppositionsströmungen von unten und in demagogischen Manövern von oben zum Ausdruck kommen. Oppositionelle Strömungen kann die SPD aus ihrem opportunistischen Charakter heraus dulden, aber nur solange, also sie sich der reformistisch-kapitalistischen Politik fügen und das Wesen der Partei nicht in Gefahr bringen. Die Vorgeschichte der SAP ist ein Beweis dafür. Eine Eroberung der SPD für eine revolutionäre Politik scheitert an dieser Tatsache, aber auch daran, daß die Herausbildung eines wirklich revolutionären Flügels innerhalb einer reformistischen Partei eine unerhörte schwierige Aufgabe ist. Ein solcher Flügel wird immer in dem Dilemma sein, ob er den Bruch wagen oder sich der konterrevolutionären Politik unterwerfen soll. Solange man zur Disziplin entschlossen ist, kann man die Dinge nicht beim rechten Namen nennen, muß man die Partei nach außen vertreten, ist man zur Zweideutigkeit gegenüber den eigenen Anhängern gezwungen und kann deshalb den geistigen Entwicklungsprozeß nicht bis zu Ende führen. Das Wort eines Genossen, der zum Klassenkampfplügel gehörte: „Vor einem Jahre waren wir noch linke Sozialdemokraten, aber jetzt sind wir Revolutionäre geworden!“ spricht die Tatsache aus, daß eine selbständige revolutionäre Politik das wichtigste und entscheidende Mittel zur Herausbildung des revolutionären Bewußtseins ist.

Gerade das macht zur Eroberung der sozialdemokratischen Mitglieder die Existenz einer revolutionären Partei notwendig.

Allerdings, will man diese Arbeiter zum Bruch mit dem Reformismus veranlassen, dann darf man keinesfalls opportunistische Zugeständnisse machen, nicht das eigene Gesicht verbergen. Man muß vielmehr den Abgrund zeigen, der den Reformismus von der Revolution trennt. Denn nur dann, wenn der Arbeiter erkennt, daß es sich um das Lebensinteresse der Klasse handelt, wird er sich zum Bruch mit seiner Partei entscheiden. Jede Verwischung des Charakters unserer Partei schneidet uns auf die Dauer den Zustrom von rechts ab, oder sie wird, wenn die SPD durch allzu offene konterrevolutionäre Politik Massen von sich wegtreibt, zur Ausfüllung unseres revolutionären Wesens führen.

Was die SPD heute treibt, ist keine Opposition, sondern demagogisch verbrämte Tolerierungspolitik. Die „sozialistische Aktion“, der Appell an den Staatsgerichtshof in der Preußenfrage, die Vertröstung der Arbeiter auf den Volksentscheid gegen die Lohnverordnung waren Mittel, die Arbeiter zu täuschen und vom Kampf abzuhalten.

Dennoch besteht eine gewisse, ganz geringe Möglichkeit, daß die SPD unter dem Druck von oben und dem der eigenen Mitglieder zu Aktionen gezwungen wird. Das ist die Grundlage der Einheitsfrontpolitik, soweit sie sich an die Spitzen wendet. Will man diese Möglichkeit ausnutzen und sie durch das eigene Wirken mit schaffen, darf man keinen Augenblick aus den Augen lassen und verschweigen, daß es sich hierbei nur um Aktionen handeln kann, die den Boden des kapitalistischen Staates nicht verlassen. Das heute Aktion, die die ganze Klasse umfassen, über den kapitalistischen Rahmen hinausstreben, revolutionären Charakter annehmen müssen, entsteht die Situation, in der die SPD die Einheitsfront brechen wird. Es ist deshalb unsere Pflicht, bei solchen Einheitsfrontaktionen die Massen rechtzeitig zu warnen, die Politik der sozialdemokratischen Führer genau zu kontrollieren, jede Ueber-taschung zu verhindern und auf diese Weise dafür zu sorgen, daß die sozialdemokratischen Arbeiter im entscheidenden Moment bei der Front bleiben und mit ihrer Führung brechen.

Die SAP muß eine kommunistische Partei sein. Wir haben immer betont und wiederholen es: Hätte die KPD eine wirklich kommunistische Politik getrieben, dann würde es

sich noch „darum brüstete, im Kriege die Spaltung der Partei um der „vaterländischen Interessen“ willen in Kauf genommen zu haben. Die damaligen Führer der Mehrheitssozialdemokratie sind noch heute die maßgeblichen Wortführer der Partei. Ein neuer 4. August würde in der SPD noch weniger Kriegsgegner finden, als 1914.

Und so nationalistisch wie die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, sind fast alle ihre Schwesterparteien im Ausland. Bei keiner internationalen Verwicklung hat die 2. Internationale eine energische Haltung eingenommen, noch weniger eine wirksame Aktion durchgeführt oder auch nur zu ihr aufgerufen.

Wort für Wort hat sich die in der Prinzipienklärung niedergelegte Auf-

(Fortsetzung umseitig)

keine SAP geben, dann wäre das Gros der SPD-Anhänger längst für die revolutionäre Politik gewonnen.

Die KPD

Nicht die kommunistischen Grundsätze trennen uns von der KPD. Wenn es sich nur um sie handelte, dann würden wir nicht die unerhörte mühevollen Arbeit auf uns nehmen, eine eigene Partei zu schaffen und gegen den Strom zu schwimmen. Nicht nur taktische Gegensätze trennen uns von ihr. Prinzip und Taktik stehen in organischem Zusammenhang miteinander. Das eine wirkt auf das andere ein. Eine Partei kann nicht fast ein Jahrzehnt lang eine falsche Taktik anwenden und dabei ihren Grundsätzen treu bleiben.

Die KPD hat den Gedanken, daß die revolutionäre Partei die Vorhut der Klasse sein muß, so verhallhornt, daß sich praktisch ergibt, die Partei könne die Revolution für die Klasse durchführen. Trotz all ihrer Beteuerungen verzichtet sie auf die Gewinnung der für revolutionäre Kämpfe entscheidenden Massen und ihres Vertrauens. Die RGO-Politik, wie das ganze Handeln, der KPD gegenüber den Massenorganisationen ist Ausdruck dieser Tatsache. Im Wesen ist diese Haltung opportunistisch, denn sie sucht Schwierigkeiten auszuweichen, statt sie durch zähe Arbeit zu überwinden. Die in der KPD betriebene „Helden“-Verehrung, der kleinbürgerliche Nationalismus widersprechen elementaren marxistischen Grundsätzen. Das in der KPD herrschende innere Regime, der Belagerungszustand über die Mitgliedschaft, durch den jeder kritische Gedanke unterdrückt, die Ueberzeugungskraft durch das bloße Kommando ersetzt wird, ist eine Karikatur auf den demokratischen Zentralismus (womit übrigens gesagt ist, daß man nicht das Prinzip des demokratischen Zentralismus trifft, wenn man sich gegen die organisatorischen Auswüchse der KPD wendet).

Dennoch ist die KPD eine revolutionäre Partei. Ihre unversöhnliche Haltung gegenüber dem kapitalistischen Staat, ihr ehrliches Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats, der revolutionäre Wille ihrer Mitgliedschaft u. a. beweisen das. Für uns ergibt sich daraus: Ueberall dort, wo wir aus der gegebenen Situation heraus nicht selbständig auftreten können, es sich aber um eine Demonstration für revolutionäre Grundsätze handelt, müssen wir uns für die KPD entscheiden, selbst wenn uns das vorübergehend in Schwierigkeiten bringt. So war unser Eintreten für die Kandidatur Thälmann bei der Präsidentenwahl richtig. Jede Möglichkeit eines Bündnisses mit der KPD muß ausgenutzt werden, wie sie bisher ausgenutzt worden ist. Doch müssen wir uns entschieden den Tricks der KPD und ihrem a priori-Anspruch auf die Führung widersetzen. Bei jeder Verfolgung, jedem Unterdrückungsversuch gegen die KPD wird sie uns an ihrer Seite finden. Gegen alle Äußerungen ihres falschen Kurwes aber werden wir konsequent kämpfen.

Ist dieser ultralinksoopportunistische Kurs in der KPD zu überwinden, ist diese Partei zu reformieren?

Die Mitgliedschaft der KPD ist erfüllt von revolutionärem Willen. Auf die Dauer muß die Unfruchtbarkeit der KPD-Politik die Mitglieder zur Besinnung und Kritik führen. Die Unterbindung jeder Kritik, die robusten organisatorischen Maßregeln gegen jede selbständige Meinung verhinderten bisher die Bildung einer wirksamen Opposition und machten zugleich die kritische Orientierung der Mitglieder fast unmöglich. Die Apparatdiktatur ist ein schweres Hindernis für die Reform der KPD, vielleicht ein unüberwindliches. Aber das steht fest, durch langjährige Erfahrung, daß der Druck auf diesen Apparat nur dann die notwendige Stärke erlangen kann, wenn der Mitgliedschaft der KPD durch eine organisierte Kraft eine selbständige revolutionäre, also wirklich kommunistische Politik und ihre Fruchtbarkeit vordemonstriert werden kann. Außerdem kann die Arbeiterklasse nicht auf die Dauer eine solche Politik entbehren. Wir werden um jeden kommunistischen wie um jeden sozialdemokratischen Arbeiter ringen. Aber indem wir gerade und konsequent unsern Weg gehen, werden wir zugleich dafür wirken, daß die Arbeiter der KPD entweder ihren verrotteten Apparat aus den Angeln heben oder daß die besten Teile der KPD zu uns kommen. Die Aufgabe ist schwer, sie kostet zähe, unermüdlige Arbeit, aber sie ist die Arbeit zur Schaffung der revolutionären Voraussetzungen. Mit dem Steigen der Aktivität in der Arbeiterklasse wird sie beschleunigt werden.

fassung der SAP über die Stellung zur SPD als richtig erachtet. Die SPD will nicht einmal mehr Reformen, da heute bei deren Erklärung die Bewegung in den Kampf um die Macht in einen revolutionären Kampf umschlagen mußte. (Kosa Luxenburg, Sozialreform oder Revolution: „Die gesetzlichen Reformen und die Revolution sind nicht verschiedene Methoden des geschichtlichen Fortschritts, die man in dem Geschichtsbüchlein nach Belieben wie heiße Würstchen oder kalte Würstchen auswählen kann, sondern verschiedene Momente in der Entwicklung der Klassengesellschaft, die einander ebenso bedingen und ergänzen, zugleich aber ausschließen wie z. B. Südpol und Nordpol, wie Bourgeoisie und Proletariat.“) Man kann die SPD kaum noch als reformistisch, man wird sie richtiger als konservativ, als reaktionär bezeichnen. (Vgl. Anna Stensen in SAZ v. 25. 2. 32.)

Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, daß in der SPD noch immer die größten und geschultesten Arbeiterbataillone stehen, die seit Jahrzehnten die Kadres des kämpfenden Proletariats bilden, während die Fluktuation in der Mitgliedschaft der KPD — im Jahre 1930 traten 143 000 Mitglieder der Partei bei, 95 000 verließen sie, nur 6 Prozent der Mitgliedschaft gehören der Partei 10 Jahre an — beweist, daß nur ein kleiner Teil des klassenbewußten Proletariats in ihren Reihen steht. Nur die Apparatchikatur der SPD erklärt, daß die Unzufriedenheit der Mitgliedschaft mit der Politik ihrer Führer sich trotz aller Explosionen doch nur verhältnismäßig wenig bemerkbar macht. Ganz zu schweigen von einem Durchsetzen des Willens der Mitglieder, die sich an dem Apparat der Partei die Köpfe ernennen, an jenen Apparat, der es unmöglich macht, die Partei von innen heraus zu reformieren, durch den sogar die Ansätze einer proletarischen Einheitsfront sehr schnell wieder zerschlagen wurden.

Eine entscheidend wichtige, leider viel zu wenig von uns erfüllte Aufgabe: Die SPD-Arbeiter aus der Knechtschaft ihrer Partei zu befreien, sie für eine revolutionäre Politik zu gewinnen und diese geschultesten sozialistischen Arbeiter zu unseren Kampfgenossen zu machen.

Es wird die Aufgabe des Parteitag sein, über unsere Prinzipienklärung hinaus und auf ihr aufbauend die Methoden herauszuarbeiten, durch die wir einen stärkeren Einfluß auf die sozialdemokratischen Arbeiter gewinnen können.

Der kommunistischen Partei und der kommunistischen Internationale wirft die Prinzipienklärung vor, daß sie sich unfähig zeigen, „den proletarischen Massen in der revolutionären Krise die Führung zu geben“, daß sie „eine Politik treiben, die die Arbeiterklasse verwirrt und lähmt und ihre Spaltung begünstigt und damit die Verwirklichung ihrer Ziele hindert“, daß sie „entscheidende Fehler“ begehen in der „Freigabe der Einheitsfrontpolitik, die sich auf die verhängnisvolle Theorie vom Sozialfaschismus stützt, im RGO-Kurs und in der Politik des kleinbürgerlichen Nationalismus“ sowie „durch die Monopolstellung, die die kommunistische Partei der Sowjet-Union in der kommunistischen Internationale ausübt“, daß „durch die Aufhebung der Parteidemokratie und das ganze organisatorische System, das sich in der kommunistischen Internationale und ihren Sektionen herausgebildet hat, die Gesundung der revolutionären Arbeiterbewegung außerordentlich erschwert wird.“

Nötigen die Ereignisse, die sich seit dem Beschluß über diese Formulierungen vollzogen haben, zu Änderungen dieses Teiles der Prinzipienklärung?

Richtig ist allerdings, daß die kommunistische Partei in dem letzten Jahr Wahlsieg auf Wahlsieg erfochten hat, daß ihr Aktionsradius sehr viel größer geworden, ihr Einfluß bedeutend gesteigert ist. Aber die Führung der „proletarischen Massen“ hat sie nicht gewinnen können. Ueber Erfolge bei den parlamentarischen Wahlen ist sie nicht hinausgekommen.

Zur Ueberwindung der Spaltung, durch die die Arbeiterklasse immer machtloser geworden ist, hat die kommunistische Partei nichts getan. Den neu in ihre Reihen geströmten Massen stehen sie nicht viel weniger zahlreichen Massen gegenüber, die der Organisation wider entflohen sind. In der Einheitsfrontpolitik sind unter dem elementaren Druck der Mitgliedschaft einige Schwankungen festzustellen, die aber schließlich von der Führung immer wieder rückwärts revidiert wurden. Die Theorie vom Sozialfaschismus ist immer noch nicht aufgegeben. Sie kehrt in den Parteipublikationen immer wieder — vielleicht nur als Rückfälle in eine früher allgemein propagierte, jetzt etwas in den Hintergrund gestellte Politik.

Der RGO-Kurs wird weitergesteuert. Allerdings haben wir jetzt zum ersten Male Streikbewegungen erlebt, in denen es der RGO gelungen ist, Arbeitermassen mitzuführen. Da sie aber nicht imstande war, die freien Gewerkschaften unter Druck zu setzen und mit in die Bewegung hineinzureißen, mußten auch diese Aktionen (B. V. G.-Streik) ohne praktischen Erfolg bleiben. Aber der Gewerkschaftsführung steht der Hinweis auf verlorengangene RGO-Streiks besonders schlecht an, da sie selbst daran schuld war, wenn solche Bewegungen zusammenbrachen. In den Gewerkschaften ist der Einfluß der RGO zwar gewachsen, aber immer noch äußerst gering. Die SAP muß ihre Tätigkeit in den Gewerkschaften vervielfachen und ihr mehr Aufmerksamkeit und vor allem viel mehr Arbeit als bisher zuwenden müssen, um den Revolutionsprozess in den Gewerkschaften zu beschleunigen.

Die nationalistische Propaganda wird von der KPD auch jetzt noch fortgesetzt. Auf die programmatische

Forderung der „nationalen Befreiung“ ist immer noch nicht verzichtet. Die nationalistische Vergiftung, die von dem Kampf gegen den Feind im eigenen Land ablenkt, und die in dieser Zeit nationaler Verhetzung und internationaler Verwicklungsgefahren besonders gefährlich ist, wird nach wie vor durch solche Formulierungen gefördert. Wenn die „nationale Befreiung“ auch sicher hauptsächlich aus taktischen, agitatorischen Gründen propagiert wird, so kann dies Schlagwort doch in den Massen leicht das größte Unheil anrichten, und deshalb müssen wir nach wie vor diese Forderung der KPD bekämpfen.

Die Monopolstellung der kommunistischen Partei Rußlands wird in der kommunistischen Internationale bestehen bleiben, solange die kommunistische Bewegung in England, Frankreich, Belgien, überhaupt

in fast allen europäischen Staaten so schwach ist wie bisher, solange die kommunistische Partei Rußlands auch noch wegen ihrer Machtstellung in Rußland allen anderen kommunistischen Parteien der Welt so ungeheuer überlegen ist.

Schließlich kann auch weiter in der kommunistischen Bewegung von einer Parteidemokratie keine Rede sein, von diesem Partiaufbau, der von der SAP als wichtige Voraussetzung der Gesundung der Arbeiterbewegung angesehen wird, die wir auch für unsere Partei fordern und die wir, gerade angesichts der jetzigen Fraktionskämpfe in der Partei, für unerlässlich halten.

So wird auch unser Verhältnis zur KPD und zur 3. Internationale heute kaum anders zu beurteilen sein als zur Zeit unseres letzten Parteitages. Aber vielleicht werden wir noch klarer herausarbeiten haben, daß wir zur

Kommunistischen Partei nicht in einem prinzipiellen Gegensatz stehen wie zur SPD, daß uns von der KPD nur lokale Differenzen trennen.

Die SAP hat die Mauern gegenüber der KPD sehr überhöht, nicht zuletzt unter dem Einfluß der Genossen, die aus der KPD ausgeschlossen zu uns kamen und die mit den in Fraktionskämpfen üblichen und durch sie erklärlichen Uebertreibungen vom Boden der SAP aus den Kampf gegen die KPD fortsetzten und verschärften.

Gerade in diesen Tagen, in denen der KPD die Gefahr verschärfter Verfolgungen und sogar eines völligen Verbots droht, wird es Aufgabe der SAP sein, den Bruderkampf zu dämpfen und alles daran zu setzen, daß wir im Augenblick der Gefahr in einer Front mit der KPD stehen

Der wichtigste Differenzpunkt

Von Max Seydewitz

Einer der Differenzpunkte, der im Jahre 1931 zu unserem Bruch mit der SPD führte, war unser Kampf um die innerparteiliche Demokratie, unser Kampf gegen die immer mehr überhand nehmende Apparatchikatur, die die Durchsetzung des Massenwillens ebenso unmöglich machte, wie die Reformierung einer zum Schaden der Arbeiterklasse betriebenen falschen Politik der Partei. Zu den Kommunisten sind wir nach der Spaltung auch aus dem sehr gewichtigen Grunde nicht gegangen, weil wir die dort wirksamen kommunistischen Methoden der Bestimmung des Parteikurses von oben, weil wir den in der KPD vorhandenen Zustand der Ausschaltung jeglicher innerparteilichen Demokratie für einen die Aktionskraft der Arbeiterbewegung aufs schwerste schädigenden Kardinalfehler hielten.

Die kommunistischen Methoden der innerparteilichen Auseinandersetzung, Absägung und Herauswurf von Parteifunktionären, die nicht hundertprozentig auf die jeweilige von einem unfehlbaren Zentralkomitee vorgeschriebene politische Linie schwören, hat in der KPD immer wieder beste Kräfte lähmgelegt und herausgedrängt, hat der KPD die Erfüllung der ihr gestellten Aufgaben unmöglich gemacht, hat trotz zeitweiliger Stimmgabelfolge verhindert, eine innerlich gefestigte, starke große, schlagkräftige Organisation zu schaffen, die allen Stürmen wirklich gewachsen ist.

Die Einführung dieser kommunistischen Methoden und Organisationsprinzipien in der SAP muß sich in unserer jungen, kleinen Partei noch in einem ganz anderen Maße schädlich auswirken als in der KPD. Darum haben wir SOS gerufen, darum wenden wir uns gegen die Dogmatiker, die jedem, der nicht hundertprozentig ihrer Meinung ist, die aktive Mitarbeit an entscheidenden Funktionstellen unmöglich machen wollen. Unser Vorstoß gegen die Einschränkung und Beseitigung der innerparteilichen Demokratie hat aber auch gar nichts mit einer Aktion gegen die Prinzipienklärung zu tun, er stützt sich vielmehr auf einen Beschluß des letzten Parteitages, der zusammen mit der Prinzipienklärung angenommen wurde und der der Partei und der Parteigenossenschaft die Garantie der innerparteilichen Diskussionsfreiheit und Demokratie geben sollte.

In der im Mitteilungsblatt veröffentlichten Erklärung der Genossen der PV-Minderheit sagen diese Genossen, daß unser Vorstoß gegen die Fraktionsarbeit und den Dogmatismus nicht das bedeutet, was er in Worten ausgedrückt, sondern etwas unehrlich hinter den Worten Verborgenes: den Vorstoß für die Revision der Prinzipienklärung und für Annäherung an die SPD. Dieser durch nichts berechtigte Vorwurf „der Annäherung an die SPD“ wird in einem anderen Zusammenhang diskutiert werden, hier interessiert nur der zweite Vorwurf, daß wir eine Revision der Prinzipienklärung wollen. Dazu muß festgestellt werden, daß die Frage einer Aenderung der Prinzipienklärung überhaupt nicht zur Debatte steht, daß nirgendwo in der ganzen Partei ein Antrag gestellt oder nur diskutiert wurde, der vom nächsten Parteitag eine Ersetzung der Prinzipienklärung durch irgendeine andere programmatische Formulierung fordert.

Eine Programmdebatte ist praktisch überhaupt nicht geführt worden, und wer nur ein klein bißchen sachliche Einsicht in die Dinge hat, muß wissen, daß der Parteitag ohne diese notwendige Programmdebatte und Programmvorarbeit gar nicht in der Lage ist, irgend welche Programmänderungen zu beschließen.

Nicht die Prinzipienklärung ist der sachliche Streitpunkt, sondern die Frage der Meinungsfreiheit und der innerparteilichen Demokratie.

Die Frage, ob es den Genossen, die in einzelnen Fragen abweichende Meinungen von der Prinzipienklärung vertreten, möglich sein kann, innerhalb der Partei für ihre Auffassung zu wirken, ob es ihnen gestattet sein soll, vollberechtigt mit allen anderen Parteigenossen bei der Arbeit um das erst zu schaffende endgültige Parteiprogramm für die Durchsetzung ihrer Meinung zu arbeiten. Dieses Recht ist allen Parteigenossen durch einen besonderen Beschluß unseres letzten Parteitages gewährleistet worden. Dieser Beschluß, der zusammen mit der Prinzipienklärung abgestimmt wurde, hat folgenden Wortlaut:

„Die Annahme der Prinzipienklärung bezweckt, einheitliche Willensbildung nach außen und Kampfbereitschaft bei allen politischen Handlungen herbeizuführen. Da diese nur aus der freien Diskussion der Parteigenossen erwachsen können, gelten Beschlüsse nicht als Dogmen, sondern als Grundlage geschlossenen Handelns.“

Gegen diesen Beschluß waren nur die vier Stimmen von Rück, Dueby, Schaber und Scheier-Titus, die kurz nach dem Parteitag zu den Kommunisten gingen. Der Sinn dieses Beschlusses ist das, was ich in den letzten Monaten überall mit stärkstem Nachdruck vertreten habe: Unbedingte Aktionsdisziplin auf der Grundlage der Prinzipienklärung nach außen, einheitliches Auftreten überall, wo wir mit Andersgesinnten zusammengetreten, aber innerhalb der Partei Demokratie und Meinungsfreiheit, die jeden, der in einzelnen Punkten von unseren Programmformulierungen abweicht, die Möglichkeit gibt, für seine Auffassung die Mehrheit zu weihen.

Dieser noch auf dem letzten Parteitag selbstverständliche Standpunkt ist im Laufe der letzten Monate teilweise abgebaut worden und das Drängen einer Gruppe in unserer Partei geht dahin, in diesem Punkte unsere Partei an das von uns abgelehnte kommunistische Organisationsprinzip anzugleichen. Ein sehr deutlicher Beweis dafür ist ein auf dem letzten Berliner Bezirksparteitag im Oktober 1932 gefaßter Beschluß, in dem es u. a. heißt:

„Voraussetzung für jede im Interesse der Partei ausübende Funktion ist unbedingte und vorbehaltlose Bejahung der SAP, ihrer Prinzipienklärung und des Aktionsprogramms.“

Wer also nicht unbedingt und vorbehaltlos die Prinzipienklärung und das Aktionsprogramm bejaht, kann keine Funktion in der SAP ausüben. Das heißt, daß alle die Genossen, die die Grundsätze der Prinzipienklärung durchaus anerkennen, den revolutionären Weg der Arbeiterklasse als den allein möglichen betrachten, in Einzelheiten aber abweichende Meinungen zu den Formulierungen der Prinzipienklärung vertreten, keinerlei Funktionen in der SAP ausüben können, zu Mitgliedern zweiter Klasse degradiert werden, denen die Durchsetzung ihrer sachlichen Auffassung von unten unmöglich gemacht wird und die damit praktisch aus der Partei herausgedrängt werden.

Das ist Dogmatismus. Und das Nach-

spüren, wo einer nicht vorbehaltlos und hundertprozentig alle Sätze der Prinzipienklärung als unbedingt richtig anerkennt, um ihn von der Ausübung von Funktionen auszuschalten, das ist Ketzererei, die zu den schädlichsten Folgen führen muß. Das wird außerdem zu dem sinnlosen Bemühen führen, immer revolutionärer als der andere, zu einem Wettlauf, den gerade die sachlichen, qualitativen Kräfte einer Bewegung nicht mitmachen werden, und der zwangsläufig zu einem Ausscheiden dieser Kräfte aus der Bewegung führen muß.

Die natürliche Folge muß sein, daß die Bewegung zu einer kommunistischen Sekte erstarren, die immer wieder von neuem entfaltete Kämpfe darum führen muß, was das einzig richtige als der andere, zu einem Wettlauf, den gerade die sachlichen, qualitativen Kräfte einer Bewegung nicht mitmachen werden, und der zwangsläufig zu einem Ausscheiden dieser Kräfte aus der Bewegung führen muß.

Darum haben wir den Kampf gegen „Dogmatismus“ und „Ketzererei“ aufgenommen, darum haben wir SOS gerufen und versucht, die Parteigenossenschaft zu mobilisieren für den Kampf um die lebendige innerparteiliche Demokratie, die eine der wichtigsten Voraussetzungen ist, um die der SAP gestellten Aufgaben erfüllen zu können. Denen aber, denen die Vorstöße gegen die innerparteiliche Demokratie harmlos erscheinen, sei zum Schluß noch ein Zitat von Lenin in Erinnerung gebracht, das von unseren Genossen gegenüber den von uns immer lebhaft bekämpften kommunistischen Methoden der KPD oft gebracht wird. Dieses Zitat, das einem Brief Lenins an Sinowjew und Bucharin entstammt, hat folgenden Wortlaut:

„Wenn Ihr Euch nur folgsame Dummköpfe haltet und alle abstoßt, die nicht ganz so folgsam sind, aber keine dummen Leute, so werdet Ihr die Parteien bestimmt zugrunde richten.“

Zur Parteidebatte

Beschlüsse der Parteiorganisationen

Eine Unterbezirkskonferenz des Unterbezirks des Geesthacht der SAP (Hamburger Landgebiet, Kreis Lauenburg) faßte zu organisatorischen Angelegenheiten folgende Beschlüsse (Punkt 1-3 an die Bezirkskonferenz):

1. Die Beitragsverrechnung ist wie folgt vorzunehmen: den Ortsgruppen verbleiben 50 Prozent, Bezirks- und Reichsleitung je 25 Prozent.
2. Der Unterbezirk Geesthacht beantragt, daß der nächste Bezirksparteitag in Elmshorn stattfindet.
3. Vom Unterbezirk Geesthacht wurde der Genosse Zielh-Geesthacht als Delegierter zum Reichsparteitag vorgeschlagen.
4. Die nächste Unterbezirks-Konferenz soll im Januar in Lauenburg stattfinden.

Zur innerparteilichen Situation wurde beschlossen:

„Die Unterbezirkskonferenz steht einmütig auf dem Boden des Aktionsprogramms. Sie erwartet, daß der nächste Reichsparteitag klar in diesem Sinne entscheiden wird und daß eine Reichsleitung gewählt wird, die nicht neben den Richtlinien her arbeitet.“

Die Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Homborn stellte sich einstimmig auf dem Boden der Parteivorstandsminderheit und nahm eine Entschliebung an, welche die vom Parteitag beschlossene Prinzipienklärung als Richtlinie und nicht als Diskussionsbasis betrachtet. Für die Redaktion der Wochenzeitung beantragt die Mitgliederversammlung, den vom Parteitag als Redakteur gewählten Genossen Zweiling zu beauftragen. Die Funktionäre der SAP Homborn nahmen in einer Sitzung zu dem Bericht in der „Rhein-Ruhr-Fackel“ über die Bezirkskonferenz in Düsseldorf Stellung, verurteilten einstimmig diese Art Berichterstattung und verlangten objektivere Berichte.

In der Mitgliederversammlung der SAP-Gruppen Buer, Hassel und Erkenschwick wurde einstimmig eine Entschliebung angenommen, die das Vorgehen der Parteivorstandsmehrheit verurteilt und das konsequente Festhalten an der Prinzipienklärung seitens der Parteivorstandsminderheit begrüßt.

Die Delegiertenkonferenz des Bezirks Hannover der SAP, auf der zehn Ortsgruppen mit 27 Delegierten vertreten waren, beschloß nach einem Referat des Genossen Siemsen einstimmig bei drei Enthaltungen:

„Der Ausgang der letzten Wahlen ist in der Partei benutzt, um bestehende innerparteiliche Meinungsverschiedenheiten in den Diskussionen in den Vordergrund zu stellen. Die Wahlen sind uns ein Beweis dafür, daß die parlamentarischen Illusionen bei den Massen noch nicht beseitigt sind. Diese Tatsache erfordert von uns verstärkte Arbeit in den Massenorganisationen der Arbeiterschaft. Vorbedingung für diese Arbeit ist, daß wir die Fehlerquellen, soweit sie sich aus unserer Organisation ergeben, rücksichtslos beseitigen.“

Politisch gesehen haben wir keine Sorge um die Entwicklung unserer Partei; denn Prinzipienklärung und Aktionsprogramm sind der Boden, von dem aus wir weiter vorstoßen können. Wir betrachten deshalb die Forderung nach Zielklarheit in der Partei bereits als gegeben. Die Bezirkskonferenz lehnt die Anwendung jeder Fraktionsarbeit in der Partei ab. Sie fordert, daß bei Aufrechterhaltung der vollen Meinungsfreiheit die Diskussionen sachlich und nicht zum Schaden der Partei geführt werden. Sie erwartet, daß alles versucht wird, eine kameradschaftliche Zusammenarbeit zwischen der PV-Minderheit und Mehrheit anzustreben, damit die weitere Entwicklung unserer Partei nicht gehemmt wird. In diesem Sinne spricht die Bezirkskonferenz der PV-Mehrheit ihr Vertrauen aus.“